Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 170. Mittwoch, den 24. Juli 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Liberale Sozialpolitik.

Immer deutlicher zeigt es sich, daß die industriellen Scharfmacher und mittelständlerischen Handwerksretter mit Hochdruck arbeiten, jeden Fortschritt unserer vielgepriesenen Sozialreform zu hindern. Ganz offen erklärt man sich gerade in der letzten Zeit gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, während dieselben Unternehmer unter den Augen der auf die Gewerkschaften mit wahren Luchsaugen spähenden Staatsanwälte die flagrantesten Bedrohungen und Boykottierungen gegen ihre unsolidarisch handelnden Klassengenossen begehen. Man hetzt gegen jeden Ausbau des Arbeiterschutzes und gegen das Selbstverwaltungsrecht in den wenigen sozialen Körperschaften, in denen es noch einigermaßen besteht. Aufgeschreckt über einige als Wahlköder und als Bindemittel für die famose konservativ-liberale Paarung zu bewertende Redensarten des alles versprechenden Bülow, reiten die Scharfmacher in den konservativen und nationalliberalen Preßorganen mit tatkräftiger Unterstützung des berüchtigten Reichsverleumderverbandes besonders Attacke gegen die die sozialpolitische Gesetzgebung fördernden Kräfte, deren stärkste und unbezwingbarste natürlich auch in den Augen der Arbeitgeber die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind.

Die Entfernung des Grafen Posadowsky, die Ankündigung der Vertagung des Planes einer Zusammenlegung der verschiedenen Arbeiterversicherungsgesetze, das fortgesetzte Gerede von „Luxus- und Machtstreiks", vom „Herrenstandpunkt der Arbeiter", von der „Befriedigung eines gewissen Machtkitzels" usw. usw., die offenkundige Propagierung von Ausnahmemaßregeln gegen die im Vordertreffen der sozialen Kämpfe stehenden freien Gewerkschaften und die Tatsache, daß der neue Reichstag in erster Linie als Bewilligungsmaschine für kostspielige weltpolitische Phantastereien Verwendung finden soll, sind deutliche Zeichen einer neuen Periode schlimmster Reaktion, besonders auf dem Gebiete der Sozialpolitik.

In so ernster Zeit wäre es erfreulich, gingen die bürgerlich-liberalen Sozialreformer mit den Arbeitern zu Nutz und Frommen einer fortschrittlichen Entwicklung unseres gesamten Arbeiterschutzes.

Diesen Weg zu gehen, verschmähen jedoch diese „wohlmeinenden" Arbeiterfreunde geflissentlich. Sie glauben vielmehr, wie es scheint, allen Ernstes, durch die Verminderung der sozialdemokratischen Reichstagsmandate sei die Bahn zu besonderen sozialpolitischen „Großtaten" geebnet. So schrieb ein hervorragender Vertreter der bürgerlichen Sozialreformer, Professor E. Franke, in der Sozialen Praxis Ende Januar, kurz nach den Hauptwahlen:

„Die Niederlage der Sozialdemokratie muß den anderen Parteien doppelt die Verpflichtung auferlegen, den Massen der Unbemittelten und Bedürftigen den Beweis durch Taten zu führen, daß .... die bürgerliche Mehrheit des Reichstages bereit ist, den berechtigten Beschwerden der Schwachen abzuhelfen und eine kraftvolle Sozialreform zu Nutz und Frommen des Staates durchzuführen."

Und weiter unten hieß es:

„Jetzt ist ein Hemmschuh einer gedeihlichen Entwicklung beseitigt. ... Nun muß sich zeigen, ob auch die Regierung die Forderung des Tages auf sozialpolitischem Gebiete begreift: Nicht Stillstand, nicht Rückschritt, sondern gerade weil die Sozialdemokratie einen so schweren Schlag erhalten hat, jetzt verdoppelte Fürsorge für die Massen, die ein Anrecht auf den Schutz des Staates und auf Gleichberechtigung haben."

Nach den Stichwahlen wurde man noch siegesgewisser, triumphierte über den Einzug vermehrter Scharen „positiver" Sozialreformer, unter denen man sogar den Syndikus des Verbandes der Industriellen Sachsens mit entdeckte, und erklärte weiter:

„Und wenn die wachsende Flut der Sozialdemokratie bisher mit automatischer Wirkung die Regierung nach rechts drückte, wo sie starke Schutzdämme zu finden hoffte, so fällt dieser Zwang jetzt weg."

Solche allerdings schon an sich unverständliche Äußerungen mochten damals immerhin noch hingehen. Sie wurden getan inmitten eines die Sinne jedes guten Patrioten benebelnden Freudentaumels über den Sieg der nationalen Phrase. Hätten aber unsere liberalen Sozialpolitiker nicht mehr Optimismus, als der guten Sache, die sie fördern möchten, zuträglich ist, so hätten sie trotz ihres Rausches doch sehr bald eines Besseren belehrt sein müssen, denn die Herren Scharfmacher beeilten sich, mit brutaler Offenheit zu erklären, daß sie auf die „Errungenschaften" der Blockparteien bei den letzten Reichstagswahlen pfeifen würden, wenn die verhaßte Sozialreform etwa noch weiter ausgebaut werden sollte. So schrieb die gewiß kompetente „Arbeitgeber-Zeitung" in ihrer Nummer vom 10. März d. J., nachdem man sich ausführlich geäußert hat, wie der Wahlausfall für die Arbeitgeber am besten auszunutzen sei:

„Dieser Augenblick des Zweifels an den Unüberwindlichkeit der sozialdemokratischen Ideen muß unter allen Umständen in geeigneter Weise dazu ausgenutzt werden, um die unschlüssig gewordenen Elemente innerhalb der Arbeiterschaft der Sache des Bürgertums (soll wohl heißen der industriellen Scharfmacher) wieder zu gewinnen. ... Allerdings hieße es durchaus verkehrt handeln, wollte man jenen Ratschlag dahin ausdeuten, daß nunmehr eine Politik der sozialen Reform Platz zu greifen habe, die zum letzten Ende dadurch, daß sie unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung in Fesseln schlägt, ebenso schädlich wirken müßte, wie ein wirklicher Erfolg der Sozialdemokratie. ..."

Auch bei anderer Gelegenheit hätte jedem zum Bewußtsein kommen müssen, wohin die Reise gehen wird. Als Herr Professor Franke geschrieben hatte:

„Koalitionsfreiheit, Beseitigung der Fesseln des politischen Vereins- und Versammlungsrechts, Anerkennung der Berufsvereine ohne Polizeiaufsicht, Errichtung von Arbeitskammern, Rechtsordnung der Tarifverträge, das sind die wichtigsten sozialen Aufgaben, die der Regierung und dem Reichstage obliegen."

las ihm die „Arbeitgeber-Zeitung" mit folgenden Worten den Text:

„Also eine Reihe von Forderungen, die jeder paritativen Eigenschaft entbehren und lediglich politische Bedeutung besitzen, werden hier geltend gemacht. Wir stehen nicht an, es für eine Dreistigkeit sondergleichen zu erklären, wenn dermaßen der Versuch gemacht wird, ... einer einzelnen Erwerbskategorie im Volke Rechte zu verschaffen, die sich unter den obwaltenden Verhältnissen alsbald zu deren zweifelloser Bevorrechtung auswachsen müssen. ... Wodurch unterscheidet sich Professor Franke denn überhaupt noch von den Führern der Sozialdemokratie?"

Solche Rüffel von einflußreicher Seite steckten die Herren Liberalen ruhig ein, ohne sich deren Tragweite offenbar recht bewußt zu werden. Sie hofften und harrten in Geduld auf die neue sozialpolitische Ära und waren höchlichst entzückt, als der allezeit mit nichtssagenden Versprechungen umherwerfende Fürst Bülow u. a. auf Bestellung der Offenbacher Zeitung in die Welt hinaus drahtete: „Die deutsche Sozialpolitik wird in den seitherigen bewährten Bahnen nachdrücklich fortgeführt werden." Sie bewunderten die erstaunlichen Pläne, mit denen sich ihr damaliger „Lokomotivführer der Sozialreform" trug, und schalten die Volksboten, die aus Partei- oder persönlichen Interessen zu viel Wünsche äußerten, sodaß die brave Reichsregierung vor lauter Anregungen gar nicht wisse, wo sie zuerst anfangen solle.

So hieß es in der Sozialen Praxis unter dem 18. April, während der sozialpolitischen Debatten des neuen Reichstags u. a.: „. . . Im jetzigen Reichstag ist nicht nur eine stärkere Mehrheit für die Fortführung der Sozialreform vorhanden als früher, sondern in den einzelnen Fraktionen tritt die Überzeugung und der feste Wille, vorwärts zu kommen, noch viel schärfer und entschlossener hervor. Und auch im Schoße der Regierung scheinen endlich Unlust und Widerstand zu schmelzen, und es besteht Hoffnung, nachdem das rote Meer zurückgedrängt worden ist, aus der Wüste der letzten Jahre in fruchttragende Gefilde zu gelangen."

Und weiter unten, nachdem man den Reichstag wegen der „verwirrenden Fülle der Anregungen, Wünsche und Forderungen" getadelt hat, die er immer geltend gemacht habe, und nachdem auch von bestimmten „maßgebenden Regierungen der Einzelstaaten" mißbilligend gesprochen worden ist, die den Bundesrat zum „größeren Hemmnis der Sozialreform" machten, heißt es: „Freuen wir uns, daß nach den festen und klaren Ankündigungen des Reichskanzlers und des Reichsministers für Sozialreform eine rege Tätigkeit der Gesetzgebung entfaltet werden wird."

Die Reichsregierung nutzte die Leichtgläubigkeit der liberalen Arbeiterfreunde natürlich gehörig aus. Sie kuppelte ihrer so viele mit den konservativen Parteigruppen zusammen, als notwendig waren zur Verwirklichung der bekannten weltpolitischen Pläne und zur Abhalfterung des sozialpolitisch nicht unverdächtigen Zentrums, während das Schicksal der Sozialpolitik bekanntlich nach unseren eigenartigen konstitutionellen Zuständen im Schoße der Regierung und des Bundesrats ruht. Die Reichstagsmehrheit hat auf diesem wichtigen Gebiete lediglich das Recht, Wünsche vorzubringen. Der stets „willige" Bülow und Graf Posa versprachen große Taten, um dem an sich unnatürlichen jungen Paare den nötigen Glauben an zukünftige Fruchtbarkeit nicht zu rauben.

Anstatt nun wenigstens zu erkennen, daß die unsere Bülow-Regierung beherrschenden Mächte im gegenwärtigen Deutschland weder beim Reichstage, noch bei den künstlich „national" begeisterten Volkskreisen oder bei Bülow und seinen Trabanten liegen, glaubten die Herren um Herrn Franke auch jetzt noch an die neue sozialpolitische Ära.

Die sozialdemokratischen Arbeitervertreter haben diese Annahme von vornherein als offenkundige Illusion bewertet. Daß sie damit recht hatten, zeigten die Herren Bueck, Vopelius, Menk usw. schon während des Wahlkampfes. Die Unterstützung, die diese geschäftskundigen Herren der konservativ-liberalen Paarungsidee, besonders auch finanziell, angedeihen ließen, verrieten zur Genüge, wohin die Reise gehen wird. Die Unternehmer wollten „Ruhe haben" vor allen sozialpolitischen Maßnahmen — — besonders wenn sie irgend etwas kosten —; also mußte die Sozialdemokratie mit Hilfe der skrupellosesten Mittel und des geköderten Liberalismus niedergeritten werden.

Diese Einsicht wird unseren liberalisierenden Sozialpolitikern nie, oder wenn schon, doch viel zu spät kommen. Zunächst werden sie auch noch weiter hoffen. Ihnen erscheint jetzt zwar das gezwungene Scheiden des Mannes, der sicher noch eher als alle seine eventuellen Nachfolger vermocht hätte, die aus durchsichtigen politischen Gründen leichthin gemachten Versprechungen über bestimmte sozialpolitische Aktionen unserer Regierung wenigstens zum Teil einzulösen, wie ein Reif in der Frühlingsnacht. Doch werden sie sich mit der gegebenen Situation sehr schnell abfinden. So bedauerten sie beim Bekanntwerden des Ministersturzes diese Fügung des konservativ-liberalen Regierungskurses, sprachen aber zugleich die bestimmte Hoffnung aus, daß der neue Mann das in ihn gesetzte Vertrauen würdigen werde. Dabei verstieg man sich sogar so weit, zu verlangen, daß alles, was der neue Mann vielleicht nicht vermöchte, Fürst Bülow durchführen möge. Darüber sagte Professor Franke in Nr. 39 der „Sozialen Praxis":

„Nicht nur staatsrechtlich, sondern auch tatsächlich fällt ihm (Bülow) jetzt die Verantwortung zu. ... Wir wollen hoffen, daß das Wort des Reichskanzlers, das er zu Herrn v. Bethmann-Hollweg am Tage nach der Hauptwahl angesichts der Niederlage der Sozialdemokratie gesprochen hat: „Nun müssen wir erst recht Sozialreform treiben!" bei dem neuen Staatssekretär für das Innere volle Zustimmung und tatkräftige Unterstützung findet."

So hoffen also die Herren liberalen Sozialreformer zuversichtlich weiter. Nun: Hoffen und Harren . . .! Die organisierte Arbeiterschaft hingegen hat keine Hoffnung, daß nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen auch trotz des Versprechens, die Sozialreform werde in den bisherigen „bewährten Bahnen" weitergeführt werden, das der stets joviale Bülow auch in den letzten Tagen wieder den evangelischen Arbeitervereinlern gegeben hat, die Sozialreform gegen den Ansturm der einflußreichsten Unternehmerkreise gefördert wird. — Ebenso hoffen wir aber auch schon längst nicht mehr, daß der Liberalismus sich aufraffen wird, um an der Seite der Sozialdemokratie energisch, wie sie, für die soziale Hebung des Volkes und Beseitigung aller Rechtsungleichheiten zu kämpfen.

Hat der Liberalismus in Deutschland diesen einzig richtigen Weg auch noch niemals ernsthaft betreten, so scheint er sich, nach seinem Verhalten seit den letzten Reichstagswahlen zu urteilen, neuerdings noch außerdem immer weiter von ihm entfernen zu wollen.

Die Arbeiterschaft wird dies zu würdigen wissen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Freisinniger Wahlrechtsverrat.

Zur Wahlrechtsreform in Preußen hatte die „Neue Politische Korrespondenz" bemerkt, daß man mehr als eine generelle Stellung zur Wahlrechtsfrage bei der nächsten Tagung des Landtages von der Regierung nicht erwarten dürfe. Dazu schreibt der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung":

„So hat man sich in unterrichteten politischen Kreisen die Sache immer gedacht. Man hat angenommen, daß die preußische Regierung in der nächsten Landtagssession, die die letzte der Legislaturperiode ist, nicht mit dem Entwurf eines neuen Wahlrechts hervortreten wird, daß sie aber eine Gelegenheit, an der es ja nie fehlen kann und die zum Beispiel der freisinnige Wahlrechtsantrag liefern würde, benutzen wird, um ihre grundsätzliche Stellung zur Wahlrechtsfrage darzulegen und die Grundlinien einer Reform zu kennzeichnen. Diese Reform würde dann wohl die Hauptrolle der Wahlbewegung

spielen und das neugewählte Abgeordnetenhaus beschäftigen. Die Hauptsache ist, daß die preußische Regierung, was sie bisher noch nicht getan hat, sich zu der Überzeugung bekennt, daß das Klassenwahlrecht nicht haltbar ist, und daß sie keinen Zweifel darüber läßt, daß sie trotz der Widerstände, die von rechts her zu erwarten sein werden, eine Reform ernstlich in die Hand nehmen will. Das ist eine Erwartung und eine Forderung nicht nur aller Liberalen, sondern auch einsichtiger Politiker auf der Rechten. Würde der gegenwärtige Reichskanzler und Ministerpräsident diese Erwartung enttäuschen, dann wäre es mit den Versuchen, die man als Blockpolitik bezeichnet hat, im Reichstage bald vorbei und es gehörte keine Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß die Reichstagswahlen dann einen anderen Aufmarsch und ein anderes Resultat als die letzten ergeben würden."

Für so bescheiden hätten wir den Freisinn denn doch nicht gehalten! Also keine Wahlreformvorlage erwartet nach dem „demokratischen" Frankfurter Organ der Freisinn, sondern nur ein Versprechen der Regierung, im neugewählten Landtag eine solche Vorlage einbringen zu wollen! Der neue Landtag würde dann abermals auf Grund des Dreiklassensystems gewählt werden! Er würde auch eine dementsprechende Zusammensetzung erhalten und für das Zustandekommen einer wirklichen Wahlreform keine günstigeren Aussichten bieten als der gegenwärtige Landtag!

Die „Frankf. Ztg." meint freilich, der Wahlkampf werde im Zeichen der Wahlreform geführt werden können. Jawohl, einer Wahlreform, über die die Regierung bestenfalls einige nebelhafte Andeutungen zu machen geruhen würde. Das würde freilich den bürgerlichen Parteien, dem Zentrum und dem Freisinn gerade passen. Sie könnten dann abermals das Blaue vom Himmel versprechen, um nachher der jämmerlichsten Flickreform ihre Zustimmung zu geben!

Wäre es dem Freisinn im geringsten Ernst mit der Erkämpfung einer wirklichen Wahlreform, so müßte er seine Zugehörigkeit zum Block von dem Einbringen einer Wahlreformvorlage bereits in der Landtagssession abhängig machen. Er hätte dann ein wirkliches Urteil über das Maß des Entgegenkommens der Regierung. Er böte dann seinen Wählern die Möglichkeit, ihrerseits zur Frage der Wahlreform Stellung zu nehmen!

Weiterhin aber würde sich dann zeigen, ob die Konservativen wirklich zu Konzessionen geneigt sind, und welche Stellung Nationalliberale und Zentrum zur Wahlrechtsfrage einnehmen werden! Entlarvten dabei diese Parteien ihren reaktionären Charakter, so böte der Wahlkampf erst recht Gelegenheit, diese Parteien im Zeichen der Wahlreform energisch zu bekämpfen und damit für den neuen Landtag eine günstigere Zusammensetzung zu erreichen!

Aber der Freisinn will sich allem Anschein nach bei einer unbestimmten unverbindlichen Erklärung bescheiden. Und selbst wenn es der Regierung zurzeit nicht am guten Willen fehlte: daß die Regierung ihre Pläne trotz aller Engagements auch wieder fallen lassen kann, beweist ja das Schicksal der Kanalvorlage.

Der Freisinn steht also im Begriff, die Position der Wahlrechtsfeinde abermals zu stärken! Wollen sich die freisinnigen Arbeiter diese jammervolle Verrätertaktik wirklich gefallen lassen?!

Liberaler Jammer.

Das Generalsekretariat des Nationalvereins für das liberale Deutschland veröffentlicht folgendes:

„Denen, die nicht unsere Gegner sind, den Liberalen und Demokraten in Stadt und Land, halten wir die Frage vor: Ist es nicht wahr, daß die Hauptschwäche des Liberalismus in der mangelhaften Technik seines politischen Betriebes zu suchen ist? Unermüdlich liegt der katholische Volksverein den Berufsorganisationen in den Ohren, er überschwemmt das Land mit seinen Schriften. Wo bleibt die Gegenaktion? Fürwahr, wir freuen uns der Arbeit unserer Parteien und kritisieren nicht an der parlamentarischen Vertretung des Liberalismus. Wir sagen nur, daß uns die breite Unterlage des modernen Parteilebens, die Verschwisterung von Kultur und Partei, von Standesorganisationen und Liberalismus in weitem Umfange fehlt. Wer uns hierin recht gibt, der helfe uns und sei gewiß, daß unsere Arbeit allen Lagern des Liberalismus zu gute kommt. Wir bitten um Vertrauen, so lange wir auf dieser Linie vorgehen. Die Politik der freiheitlichen Fortentwicklung Deutschlands auf vaterländischer Grundlage hat nicht so viele Freunde in Deutschland, daß diese sich gegenseitig durch Mißtrauen und Gereiztheit hemmen dürften."

Um eine „Verschwisterung von Kultur und Partei" zu stande zu bringen, muß die Partei wahrhaft kulturellen Grundsätzen und Bestrebungen dienen. Diese Voraussetzung aber fehlt bei den liberalen Parteien der Gegenwart. Sie sind traurige Halbheiten. Ihre Verbindung mit der Reaktion zeigt am besten, was von ihrer Politik freiheitlicher Entwicklung zu halten ist.

Nicht bloß Soldaten, sondern auch Eisenbahnarbeiter

werden der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie die brandenburgische Landwirtschaftskammer in ihrem Publikationsorgan bekannt macht, die königlichen Eisenbahndirektionen angewiesen, Eisenbahnarbeiter zu Erntearbeiten zu beurlauben, „soweit die Sicherheit des Betriebes dies zuläßt." — Wir haben bisher immer geglaubt, es gebe bei der preußischen Eisenbahnverwaltung keine überflüssigen oder abkömmlichen Arbeiter, am wenigsten im Sommer, zurzeit des gesteigerten Reiseverkehrs. Wir haben uns geirrt. Man lernt täglich etwas Neues hinzu.

Kulturträger in Afrika.

Aus Anlaß der Petersaffäre teilt ein Leser unserem Kölner Parteiblatte, der „Rheinischen Zeitung", folgendes mit: Ich war vor zwei Jahren in Kiel in Stellung. Dabei wohnte ich im nämlichen Hause mit einem Hererokämpfer, der eben durch Ablösung aus Afrika wieder nach Kiel zurückgekommen war. Bei einem Zusammensein erzählte der Mann uns seine Erlebnisse, und dabei zeigte er uns unter anderen Sachen ein Uhr, das er einem von ihm erschossenen Herero abgeschnitten und als Andenken (!!) mitgenommen habe. Andere Kameraden hatten Hände und Füße von Hereros mitgebracht. Dann zeigte der Held selbst aufgenommene Photographien von Hererofrauen in verschiedenen „Stellungen", die sicher nicht freiwilliger Art waren. Weiter erzählte er, wie man die hungernden Weiber durch Brot heranlockte, um sie dafür geschlechtlich zu berühren. Ein anderes Bild zeigte drei aufgehängte Hereros.

Doch wenigstens etwas.

Die holländische Königin Wilhelmina hat eine Medaille gestiftet, die den Delegierten der Haager Friedenskomödie verliehen werden soll. Da hat die Konferenz doch wenigstens einen Zweck gehabt.

Herr Bülow plätschert. Herrn Bülows Handwerk besteht gegenwärtig darin, in der Salzflut von Norderney herumzuplätschern. Als ihn dort ein französischer Wanderreporter, Herr Huret, für den „Figaro" und das „Berliner Tageblatt" ausfragte, ist er seinem Handwerk treu geblieben und hat im seichtesten Gerede herumgeplätschert. Er wünschte, daß sich alle Leute gleich kleideten, dann wären sie leichter zu regieren, er verachte die indirekten Steuern nicht, weil sie so leicht einzutreiben seien — das ist ungefähr das Niveau, auf dem sich der erste Beamte des Reichs bewegt, wenn er für die Öffentlichkeit ausgefragt wird, und von dergleichen Gemüse veröffentlicht das „Berliner Tageblatt" anderthalb Seiten.

Seinen Büchmann scheint Bülow auf die Badereise nicht mitgenommen zu haben, wohl aber das Handbuch des Reichslügenverbands, wie folgende heitere Expektoration über die Sozialdemokratie beweist:

Seien Sie übrigens versichert, daß unter ihren drei Millionen Wählern nicht 500 000 überzeugte Sozialisten sind: Schüler der wahren marxistischen Theorie, Feinde des Eigentums, oder auch nur einfach Republikaner. Es sind Unzufriedene, und in Deutschland, wo der kritische Geist so entwickelt ist, gibt es mehr Leute als anderswo, die der Regierung etwas auswischen wollen; und es sind auch Leute, die sich nicht behaglich fühlen, die der Meinung sind, daß man noch nicht genug für die Arbeiter getan, und die neue Reformen wünschen. Die Führer des Sozialismus sind Theoretiker, und dogmatischer als irgendein Priester des Mittelalters . . . Erinnern Sie sich an die berühmte Diskussion in Amsterdam, wo Jaures — der von seinem revolutionären Standpunkt aus völlig recht hatte — zu Bebel sagte: „Sie sind im Reichstage 80, und aus rein theoretischen Gründen tun Sie nichts, handeln Sie nicht, haben Sie keinen der Ihrigen in der Regierung, sind Sie ohnmächtig, das geringste soziale Gesetz zur Annahme zu bringen! Bebel antwortete ihm, daß die französischen Sozialisten nicht einmal die Macht besäßen, die Einkommensteuer oder die Arbeiterversicherung durchzusetzen. Womit er gleichfalls recht hatte. Das beweist, daß es eine sozialistische Gefahr nicht gibt, wenn die Konservativen und die Liberalen sich zu einer Aktion der sozialen Verteidigung vereinen.

Das „Berl. Tagebl." ist auf sehr schlechtem Papier gedruckt. Aber in diesem Fall muß man doch sagen: Schade um das schöne Papier.

Der Fall Schellenberg. Zum Fall Schellenberg veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine Zuschrift aus Wiesbaden, die wahrscheinlich eine Rechtfertigung der Postbehörde vorstellen soll, aber keine ist. Sie lautet:

„Dem Herrn Dr. Schellenberg ist von der Postdirektion nicht gekündigt, weil er sozialdemokratisch gewählt, sondern weil er sich in einer öffentlichen Versammlung dessen gerühmt hat, was man wohl „Agitieren" benennen kann. In einer späteren Versammlung erklärte er sogar, daß er nicht nur bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt, sondern dasselbe auch schon bei der vorigen Reichstagswahl getan habe. Wenn sich Dr. Schellenberg rühmt, der Freisinnigen Vereinigung anzugehören, so ist seine Abstimmung um so unbegreiflicher, als die hiesige Freisinnige Vereinigung ihren Mitgliedern auf das dringendste geraten hatte, in den Stichwahlen für den Nationalliberalen zu stimmen."

Durch diese Verlegenheitsausrede wird natürlich die Sache selbst um nichts besser. Es steht nun einmal fest, daß Dr. Schellenberg gemaßregelt wurde, weil er nach seiner politischen Überzeugung gewählt hat. Daß er zum Unterschied von den anderen Freisinnigen sich bei der Stichwahl für den Sozialdemokraten entschied, macht seiner Einsicht nur Ehre, und daß er das bei Gelegenheit sagte und verteidigte, zeugt von einer Sicherheit der Überzeugung, wie man sie im Bürgertum wenig findet. Die Maßregelung gerade dieses Mannes beweist also, daß die staatlichen Organe den Terrorismus auch auf die selbständig denkenden, d. h. nicht politisch verwahrlosten Elemente des Bürgertums ausdehnen.

Frankreich.

Ein neues Klassenurteil. In Rouen ist der Syndikalist Torton zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er — Briands bekannte Aufforderung an die Soldaten, die Gewehre eher gegen ihre Offiziere als gegen die Arbeiter zu richten, wiedergegeben hat; Als Genosse Poisson, sein Verteidiger, an den Staatsanwalt die Frage richtete, warum er nicht denjenigen verfolge, von dem der Ausspruch herrühre, erklärte dieser, daß er, wenn eine solche Äußerung in seinem Amtsbezirk fiele, ohne Ansehen der Person einschreiten würde. Worauf Poisson feststellte, daß Briand die Rede in Tocqueville gehalten hat, einem Orte, der zu dem Bezirk des Staatsanwalts gehört, und daß Verjährung noch nicht vorliegt!! Der eben noch so pathetische Staatsanwalt tat, als ob er diese Feststellungen nicht hörte. . . . — Vor den Geschworenen von Rouen wird am 25. übrigens noch ein zweiter politischer Prozeß verhandelt werden. Das sozialistische Wochenblatt „Le Semeur" („Der Säemann") soll nämlich gleichfalls zum „Mord" und zur Verweigerung des militärischen Gehorsams „aufgereizt" haben. Eigentümlicherweise ist der Verfasser des Artikels, Genosse Bichy, nicht angeklagt, sondern nur der verantwortliche Redakteur. Das angeklagte Blatt hat unter anderen Zeugen auch Briand namhaft gemacht. Daß das Gericht dem Unterrichtsminister indes die fatale Situation, in dieser Angelegenheit als Zeuge zu fungieren, ersparen wird, ist nicht zu bezweifeln.

Renitente Pfaffen. In St. Brieuc mußte bei Durchführung des Trennungsgesetzes Militär requiriert und der Geistliche gewaltsam entfernt werden.

Italien.

Nasi bleibt in Haft. Der Senat hat die provisorische Haftentlassung abgelehnt. Der Präsident ist einstimmig ermächtigt worden, von seiner Befugnis Gebrauch zu machen, Nasi Hausarrest zuzudiktieren. Trapani und ganz Sizilien, wo der Senatsspruch fieberhaft erwartet wurde, ist nicht völlig befriedigt. Anwesend waren 157 Senatoren, eine unerwartet hohe Zahl für den Hochsommer. — Der Senatsspruch wird dem Erzgauner sicherlich nicht gefallen.

Rußland.

Boykott der Duma-Wahlen. In der letzten Sitzung der sozialdemokratischen Konferenz wurde mit 14 Stimmen der Bolschewiki gegen 5 der Menschewiki beschlossen, die Duma zu boykottieren. Gleichzeitig wurde beschlossen, an den Wahlversammlungen sich tätig zu beteiligen und der ökonomischen Bewegung unter den Arbeitern besondere Beachtung zu schenken. Die in der Minorität gebliebenen Menschewiki faßten eine besondere Resolution für die Beteiligung an den Dumawahlen. Die Resolution verweist auch auf die Notwendigkeit, das Schwinden des politischen Interesses der Arbeitermassen zu bekämpfen. Ferner wurde auf die große Bedeutung verwiesen, welche die Agitation sozialdemokratischer Abgeordneter von der Dumatribüne aus haben kann, wie überhaupt eine aktive Beteiligung am Wahlkampf.

Holland.

Ein Wahlsieg. Bei der Gemeindestichwahl in Breda, wo von vier Kandidaten zwei gewählt werden sollten, erhielten der Zentrumskandidat Bom 491, der Sozialdemokrat Pfarrer Jan van den Brink 467, der Freisinnige Jakoby 456 und der Konservative Piso 365 Stimmen. Die beiden ersteren sind somit gewählt. Als erster Sozialdemokrat im „dunklen Süden" zieht nunmehr der sozialdemokratische Pfarrer Dr. Jan van den Brink, einer der beliebtesten und unermüdlichsten Parteiredner, in den Gemeinderat von Breda ein.

Korea.

Kritische Situation. Mit der Abdankung des Kaisers Yi Höng ist die koreanische Frage noch keineswegs gelöst, wie die neuesten Meldungen aus Söul erkennen lassen. Nicht nur die koreanischen Truppen, sondern auch die Mehrheit des Volkes nimmt für den Exkaiser Partei, zumal es bekannt geworden, daß die Japaner die Machtbefugnisse des Kaisers bedeutend einschränken wollen. Wie der Söuler Berichterstatter des in Tokio erscheinenden „Jiji" mitteilt, beabsichtigt Japan eine Revision der japanisch-koreanischen Konvention vom Jahre 1905. Es soll künftig der japanische Generalresident größere Vollmachten hinsichtlich der inneren Angelegenheiten erhalten, das Kabinett der Leitung des Generalresidenten unterstellt sein und dem Kaiser nur noch eine nominelle Macht der Ratifikation oder des Vetos verbleiben. Weiter soll das gegenwärtige militärische System abgeschafft und eine Kontrolle über die Rechtspflege ausgeübt werden, alles unter der Voraussetzung, daß Japan hierfür hinreichende finanzielle Mittel hat.

Lübecks Gewerbeaufsicht im Jahre 1906.

III.

P. L. Über die Lohnzahlungen sagt der Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten, daß dieselben in den meisten Betrieben wöchentlich am Schlusse der Arbeitszeit an den Sonnabenden stattfinden. Selten bestehen 14tägige Zahlungsfristen. In einzelnen Betrieben ist der Freitag Zahltag, in anderen der Mittwoch; uns ist ein großer gewerblicher Betrieb bekannt, in dem die Lohnzahlung gar am Dienstag erfolgt.

Von der Tätigkeit der Arbeiterausschüsse ist im Berichtsjahre nur sehr selten etwas zu merken gewesen, sagt der Gewerbeaufsichtsbeamte; einige derselben wirken bei der Kantinenverwaltung, Verhängung von Strafen und Verteilung von Unterstützungen an bedürftige Arbeiter mit. In einem Betriebe tritt der Ausschuß wöchentlich zusammen, um über vorkommende Angelegenheiten zu beraten. Das erscheint uns sehr vernünftig. Drei neue Ausschüsse wurden im Jahre 1906 gebildet.

Einen breiten Raum im Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsbeamten nehmen die Angaben über die Ursachen, den Umfang und den Verlauf der bemerkenswerten Ausstände und Aussperrungen ein. Wie bereits in unserem ersten Artikel gesagt, sind trotz des sichtlichen Bemühens, objektiv zu berichten, mancherlei unrichtige Tatsachen in diesem Abschnitte behauptet worden. Auf alle dieselben einzugehen, wäre zu umständlich und ist auch garnicht notwendig, da unsere Leser über die Ursachen, den Verlauf und den Ausgang der wirtschaftlichen Kämpfe in Lübeck stets ausführlich und wahrheitsgemäß unterrichtet worden sind. Immerhin verdient es festgehalten zu werden, daß nach dem Berichte des Gewerbeaufsichtsbeamten der Streik in der Thüringer Wurstfabrik entstanden ist, weil der Besitzer derselben drei Arbeiter entlassen hatte, die seinen Anforderungen nicht genügten. Diese Behauptung ist gänzlich unzutreffend. — Im Berichte über den Streik auf der Hartsandsteinfabrik wird gesagt, daß die Arbeiter in dieser Fabrik vor ihrer Lohnbewegung im Akkord einen Lohn von 40—45 Pfennigen pro Stunde verdient hätten. Die Ausständigen haben uns gegenüber damals erklärt, daß sie es auch bei Akkordarbeit nur auf einige dreißig Pfennig pro Stunde bringen könnten. Inbezug auf den Holzarbeiterstreik heißt es, daß die Arbeitnehmer sich schließlich bereit erklärt hätten, die Arbeit unter den vor dem Ausstand geltenden Bedingungen wieder aufzunehmen; sie verlangten aber die Anerkennung eines von ihnen ausgearbeiteten Lohntarifs, was von den Unternehmern abgelehnt wurde; darauf sei am 6. August die Aussperrung erfolgt. Gerade das Gegenteil

richtig; als die Streikenden die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen wollten, verlangten die Arbeitgeber die Anerkennung eines von ihnen ausgeklügelten, zahlreiche Verschlechterungen enthaltenden Tarifs. Darauf gingen die Gesellen nicht ein. — Man kann bereits aus diesen kleinen Beispielen ersehen, daß auf die Zuverlässigkeit des Berichts des Gewerbeaufsichtsbeamten nicht viel zu geben ist.

Die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe im Jahre 1906 wird vom Gewerbeaufsichtsbeamten auf 14 Streiks und 4 Aussperrungen angegeben. Von den Ausständen wurden 7 Fabrikbetriebe, 92 Handwerksbetriebe und 24 Betriebe des Verkehrsgewerbes, von den Aussperrungen wurden die Arbeiter von 10 Fabrikbetrieben und 198 Handwerksbetrieben betroffen. Der durch die Ausstände verursachte nachweisbare Lohnausfall beziffert sich auf 238 426 Mk., der durch die Aussperrungen auf 172 036 Mark. An Unterstützungen seitens der Verbände und Gewerkschaften sind 172 036 Mk. gezahlt worden. Ob diese Angaben den Tatsachen entsprechen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Ein besonders wichtiger Abschnitt im Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten ist derjenige, welcher von den Betriebsunfällen handelt. Aus den der Gewerbeaufsicht unterstellten Fabriken und aus den diesen gleichgestellten gewerblichen Betrieben wurden im ganzen 671 (1905: 518) Unfälle, davon 18 (1905: 26) schwere bekannt. Diese unheimliche Zunahme der Unfälle führt der Gewerbeaufsichtsbeamte im wesentlichen auf die in fast allen Industriezweigen gesteigerte Tätigkeit und die dadurch erforderlich gewordene Einstellung zahlreicher ungeübter Hilfskräfte und häufigeren Wechsel der Arbeitskräfte zurück. Wenn das richtig ist, so wäre es eine dringende Notwendigkeit, zu verlangen, daß ungeübte Arbeiter nicht an Maschinen, bei denen für sie eine erhöhte Unfallgefahr besteht, beschäftigt werden dürfen. Daß jedoch nicht allein die Einstellung zahlreicher ungeübter Hilfskräfte die Schuld an den Unfällen trägt, ergibt sich daraus, daß bei den im Berichtsjahre ausgeführten 615 Revisionen gewerblicher Anlagen in 114 Betrieben Anordnungen zur Sicherung der Arbeiter gegen Unfallgefahr getroffen werden mußten. Danach hapert es mit der Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften vielfach noch bedenklich; daß die Arbeitnehmer vielleicht hieran nicht ganz unschuldig sind, sei zugegeben. Sie müssen eben verlangen, daß der Arbeitgeber die notwendigen Unfallverhütungsmaßregeln trifft. Der Aushang der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften war in 7 Fällen unterlassen. In 2 Betrieben wurde Verbandszeug nicht vorgefunden und daher dessen Beschaffung angeordnet. Wegen Zuwiderhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften ist nur eine Bestrafung zur Kenntnis des Gewerbeaufsichtsbeamten gekommen.

Die Unfälle verteilen sich auf folgende Industriezweige: Industrie der Steine und Erden 28 leichte, Metallverarbeitung 82 leichte, 2 schwere, Industrie der Maschinen und Werkzeuge 344 leichte, 4 schwere, chemische Industrie 9 leichte, 1 tödlicher, Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte 9 leichte, 5 schwere, Papier und Leder 1 leichter, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 76 leichte, 3 schwere, Nahrungsmittelindustrie 74 leichte, Bekleidungs- und Reinigungsindustrie 3 leichte, Baugewerbe (Bauhöfe) 20 leichte, 1 schwerer, polygraphische Gewerbe 7 leichte, 2 schwere.

Die Erwerbsverhältnisse der Arbeiter sind, nach dem Bericht, infolge des durchweg flotten Geschäftsganges günstiger gewesen. Die Lohnsätze haben in vielen Betrieben Erhöhungen erfahren, heißt es dann weiter. Wir möchten dem hinzufügen, daß in den Gewerben, wo dies wirklich der Fall war, einzig und allein den Organisationen der Arbeiter das Verdienst hierfür beizumessen ist; von selbst erhöhen die Unternehmer die Löhne nicht, auch wenn es noch so notwendig ist. Ein bemerkenswertes Eingeständnis, das allerdings den Arbeitern nichts Neues sagt, birgt folgender Satz: Wenn trotzdem (trotz den Lohnerhöhungen) eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft nicht zu verzeichnen ist, so hat dies seinen Grund in der erheblichen Steigerung der Preise der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, wodurch der Mehrverdienst zum größten Teil wieder aufgehoben wird. Sehr richtig! Für den Arbeiter drängt sich im Anschluß hieran die Frage auf, wem er es denn zu danken hat, wenn all sein Streben und Kämpfen nach Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage schließlich durch eine unvernünftige Gesetzgebung wieder illusorisch gemacht wird. Da gibt es nur eine Antwort: Den bürgerlichen Parteien, die im Reichstage die Mehrheit haben und die alle Lasten für die unsinnige Heeres-, Marine- und Kolonialpolitik der breiten Masse aufbürden durch den Zollwucher. Auch aus dem Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten klingt somit die Mahnung an die erwerbstätige Bevölkerung, auch am politischen Kampfe auf seiten der Sozialdemokratie teilzunehmen, damit man ihnen nicht die Früchte ihrer harten wirtschaftlichen Fehden auf dem Wege der Gesetzgebung rauben kann.

Aus dem Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten geht noch hervor, daß die Unterkunftsräume der Wanderarbeiter in den Ziegeleien bis auf wenige Ausnahmen den zu stellenden Anforderungen genügten. Über die Unterkunftsräume der beim Bau des Hochofenwerks beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die doch in der Bürgerschaft als haarsträubend bezeichnet wurden, besagt der Bericht nichts. Und doch wäre es sehr wünschenswert gewesen, wenn der Gewerbeaufsichtsbeamte sich hierum gekümmert und darüber auch berichtet hätte.

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß in einem Betriebe den Arbeitern nach 5jähriger Tätigkeit jährliche Arbeitsprämien in Höhe von 2 Proz. des Lohnes und bei 10jähriger Tätigkeit solche von 4 Proz. gewährt werden, wenn die Leute nicht an der Maifeier teilgenommen haben. Hier bringt es also den Arbeitern klingenden Judaslohn, wenn sie keine Solidarität üben.

Soviel zu dem Bericht des Lübecker Gewerbeaufsichtsbeamten für 1906, dem noch eine Anzahl Tabellen angegliedert ist. Das Resumee geht dahin: Selbst nach den Angaben des Gewerbeaufsichtsbeamten sind die Verhältnisse in der Lübecker Industrie und im Gewerbe für die Arbeiter durchaus nicht ideal; auf manchen Gebieten sind Verbesserungen dringend erwünscht. Diese herbeizuführen muß mit die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft Lübecks sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 24. Juli.

An die Seeleute aller Chargen! Am 13. Juli d. Js. brachen die Seeleute Flensburgs den seit 10 Wochen tobenden Kampf ab unter der Bedingung, daß die während des Streiks gebotene Heuer von 65 Mk. für Nord- und Ostseefahrt, und 70 Mk. für transatlantische Fahrt gezahlt werde. Unter dem Druck des famosen Zentralverbands der Reeder stehend, weigerten die „liberalen, humanen und arbeiterfreundlichen" Reeder Flensburgs sich, diese Heuer zu zahlen. Sie ließen sich zum Wortbruch drängen. Die Seeleute Flensburgs weigern sich entschieden, für die frühere Heuer von 60 Mark wieder anzumustern. Sie halten sich hierzu um so eher berechtigt als in Flensburg schon seit 1900 für die Seeleute niederer Charge keine Heuererhöhung eingetreten ist, dagegen Hafenorte wie Memel, Danzig usw., wo bis vor kurzem erst eine Heuer von 55 bis 58 Mk. gezahlt wurde, heute einheitlich 65 Mk. zahlen. Die Tatsache, daß man Flensburger Seeleuten die Heuer von 65 Mk. verweigert, dagegen Leute für dieselbe Heuer aus anderen Hafenstädten kommen läßt, wie man es z. B. bei dem Schleswiger Dampfer „Henry Horn" machte, läßt uns vermuten, daß die Reeder weitere Schläge gegen die Seeleute planen. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Seeleute niederer Chargen bis auf weiteres Flensburg streng meiden. Kein deutscher Seemann lasse sich für ein Flensburger, Rendsburger, Tönninger, Apenrader oder Schleswiger Schiff nach Flensburg senden, auch dann nicht, wenn die erhöhte Heuer gezahlt wird. In anderen Häfen kann nur dann gemustert werden, wenn die Heuer von 65 Mk. gezahlt wird. Zuzug nach Flensburg ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung der Mitgliedschaft
Flensburg des Seemannsverbandes in Deutschland.

Im Vortrags-Zyklus der Arbeiter-Bildungsschule findet am morgigen Donnerstagabend 8½ Uhr im „Vereinshaus" der zweite Vortragsabend statt. Genossin Schlomer wird das Leben und Wirken Robert Owens behandeln. Wir zweifeln nicht, daß dieser Hinweis genügt, um die Genossinnen und Genossen zu einem zahlreichen Besuch der morgigen kostenlosen Veranstaltung zu veranlassen.

Die Einziehung der Fünfzigpfennigstücke. Dem Vernehmen nach soll nunmehr mit der Einziehung der Fünfzigpfennigstücke noch schärfer als bisher vorgegangen werden. Solange kein angemessener Betrag von dieser Münzsorte mit dem neuen Gepräge, also von ½ Markstücken vorhanden war, mußte bei der Herausziehung der alten Stücke aus dem Verkehr Vorsicht geübt werden, damit nicht etwa dieser selbst darunter leide. Jetzt fällt die Rücksicht fort. Nach dem letzten Münzausweis waren nicht weniger als für 105,7 Millionen Mark Fünfzigpfennigstücke im Verkehr, nachdem bereits für 37,1 Millionen Mark zur Einziehung gelangt waren. Eine Verkehrserschwerung wird deshalb bei schärferer Einziehung der alten Münzen nicht zu fürchten sein. Es sind denn auch die öffentlichen Kassen angewiesen worden, die betreffenden Münzen nicht nur in Zahlung, sondern auch zur Umwechselung von jedermann anzunehmen und dabei etwaigen Wünschen nach Umtausch gegen andere Münzen tunlichst zu entsprechen.

Die Schweinepreise haben im Laufe des Sommers eine lebhafte Steigerung erfahren: Gezahlt wurden für 50 Kg. Schlachtgewicht: Anfang Mai 48 Mk. Anfang Juni 52 Mk. Anfang Juli 52 Mk. und jetzt bereits 66 Mk. Bei den enorm hohen Preisen für Futterkorn ꝛc. liegt die Befürchtung nahe, daß das Ende noch nicht erreicht ist. Das Publikum ist natürlich wieder der leidende Teil und muß die Folgen der agrarischen Wucherpolitik tragen. Arbeiter vergißt das nicht.

Todeserklärung. Die Todeserklärung spielt in manchen Rechtsgeschäften eine wichtige Rolle, besonders bei Erbschaften. Wer verschollen ist, kann im Wege des Aufgebotsverfahrens für tot erklärt werden. Die Todeserklärung ist zulässig, wenn seit zehn Jahren keine Nachricht von dem Leben des Verschollenen eingegangen ist. Sie darf jedoch nicht vor dem Schlusse des Jahres erfolgen, in dem der Verschollene das 31. Lebensjahr vollendet haben würde. Ein Verschollener, der das 70. Lebensjahr vollendet haben würde, kann für tot erklärt werden, wenn seit fünf Jahren keine Nachricht von seinem Leben eingegangen ist. Der Zeitraum von zehn oder fünf Jahren beginnt mit dem Schlusse des letzten Jahres, in dem der Verschollene den vorhandenen Nachrichten zufolge noch gelebt hat. Hierbei sind aber Ausnahmen zulässig, die sich auf Kriegs-, See- oder sonstige Unfälle beziehen. Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt: Wer als Angehöriger einer bewaffneten Macht an einem Kriege teilgenommen hat, während des Krieges vermißt worden und seitdem verschollen ist, kann für tot erklärt werden, wenn seit dem Friedensschlusse drei Jahre verstrichen sind. Wer sich bei einer Seefahrt auf einem während der Fahrt untergegangenen Fahrzeuge befunden hat und seit dem Untergange des Fahrzeuges verschollen ist, kann für tot erklärt werden, wenn seit dem Untergange ein Jahr verstrichen ist. Der Untergang des Fahrzeuges wird vermutet, wenn es an dem Orte seiner Bestimmung nicht eingetroffen oder in Ermangelung eines festen Reisezieles nicht zurückgekehrt ist und wenn bei Fahrten innerhalb der Ostsee ein Jahr, bei Fahrten innerhalb anderer europäischer Meere, mit Einschluß sämtlicher Teile des Mittelländischen, Schwarzen und Asowschen Meeres, zwei Jahre, bei Fahrten, die über außereuropäische Meere führen, drei Jahre seit dem Reiseantritt verstrichen sind. Wer unter andern als den oben bezeichneten Umständen in Lebensgefahr geraten und seitdem verschollen ist, kann für tot erklärt werden, wenn seit dem Ereignisse drei Jahre verflossen sind. Die Todeserklärung ist beim Amtsgericht zu beantragen. Ist ein Ehegatte infolge der Todeserklärung des andern eine neue Ehe eingegangen, so bleibt die neue Ehe, falls der für tot erklärte Ehegatte noch lebt, trotzdem gültig und die frühere aufgelöst, es sei denn, daß beide Ehegatten bei der Eheschließung gewußt haben, daß der für tot erklärte Ehegatte die Todeserklärung überlebt hat. Jedoch kann in diesem Falle jeder Ehegatte der neuen Ehe diese binnen sechs Monaten anfechten.

Zur Nachahmung empfohlen. In der kleinen Landgemeinde Grafstall bei Winterthur (Kanton Zürich) hat kürzlich die Gemeindeversammlung die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe für alle in der Gemeinde wohnenden Frauen beschlossen. Wenn zur Geburtshilfe ein Arzt zugezogen werden muß, so leistet die Gemeinde auch zu den entsprechenden Kosten einen Beitrag von 15 Frs. pro Fall. Irren wir nicht, so ist das kleine Grafstall die erste Gemeinde in der Schweiz, die diese soziale Neuerung einführt. Hoffentlich folgen dem guten Beispiel in der nächsten Zeit recht viele andere Gemeinden. Für solche kommunalen Aufgaben ist die Mehrheit der Lübecker Bürgerschaft nicht zu haben.

pb. **Mißhandlung.** Gegen die Ehefrau eines Schmiedegesellen, die die Ehefrau eines im selben Hause wohnenden Bauarbeiters mittels eines Besenstiels mißhandelte und mit Totschlag bedrohte, wurde Anzeige erstattet.

pb. **Ein Bubenstreich.** Vier Schulknaben, die sich aus einem bei der Lohmühle belegenen Gemüsegarten Johannis- und Stachelbeeren rechtswidrig aneigneten und hierbei nicht unerheblichen Flurschaden verursachten, wurden zur Anzeige gebracht.

pb. **Gestohlen.** Auf dem hiesigen Bahnhofe ist ein wertvoller Panamahut mit braunem Bande abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Inwendig in dem Hute befinden sich die mit Tintenstift geschriebenen Zahlen 17 und 18.

Wilhelm-Theater. Man schreibt uns: Donnerstag ist die erste Wiederholung von: „Raffles, der Amateur-Einbrecher" vorgesehen. Das spannende Stück, das augenblicklich in Berlin, Paris und London die größte Sensation erregt, wird auch hier sicher den Erfolg von „Sherlock Holmes" noch übertreffen. Für Freitag wird der urkomische Schwank: „Der Kilometerfresser" neu einstudiert. In Vorbereitung ist Henrik Ibsens hochinteressantes Schauspiel: „Die Stützen der Gesellschaft". Am Sonntag findet die nächste Aufführung von Shakespeares köstlichem Lustspiel: „Was ihr wollt", statt.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theater-Bureau schreibt man uns: Einer der beliebtesten Volksdichter, Fritz Reuter, gelangt am Donnerstag mit seiner reizenden und sympathischen Schöpfung „Inspektor Bräsig" zur Aufführung. Die Figuren, die direkt nach dem Leben gezeichnet sind, stehen vor uns als wahre Musterschöpfungen. Am Freitag geht nochmals die Offenbachsche komische Operette „Orpheus in der Unterwelt" in Szene. Diese Operette erhält das Publikum bis zum letzten Vorhangfall in heiterster Stimmung. Es sei noch bemerkt, daß eine nochmalige Wiederholung nicht stattfindet.

Zur Richtigstellung. Die Behauptung, welche in der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen ausgesprochen worden ist, daß der Inhaber eines Konzertlokals in der Hüxstraße, mit dem nur ich gemeint sein kann, erklärt habe, jeder bei ihm tätige Kellner, der sich dem Gastwirtsgehilfenverband anschließe, werde hinausfliegen, ist unwahr. Meinem Personal ist es jederzeit freigestellt, dem V. D. G. beizutreten. Natürlich behalte ich mir das Recht vor, Leute anzunehmen, die sich am besten für mein Geschäft qualifizieren. Ludwig Kock, Konzerthaus Harmonie, Hüxstraße 110. (Jetzt haben die Kellner das Wort. Red.)

Hamburg. Tödliche Verletzung infolge einer Spielerei. Auf dem Landungsponton am Baakenhöft war der Schiffsmaler Otto Laube mit dem Pontonwächter C. W. Oestermann, der mit einem Revolver spielte, in ein Gespräch gekommen. Plötzlich krachte ein Schuß und der Schiffsmaler sank schwer verletzt zu Boden. Die Kugel ist dem Manne durch die Lunge gedrungen. Der Getroffene ist bewußtlos nach dem Hafenkrankenhause gebracht worden, woselbst er noch vernehmungsunfähig daniederliegt. Der Pontonwächter wurde in Haft gebracht. — Vom elektrischen Strom getötet. Abermals hat sich durch die elektrische Kraftleitung der Blankenese-Ohlsdorfer Bahn ein tödlicher Unfall zugetragen, der dritte innerhalb vier Tagen im Dienste der Eisenbahn auf Hamburger Gebiet. Als der Hilfsheizer Lange gestern nachmittag auf dem Ohlsdorfer Betriebs-Bahnhof über seine Lokomotive steigen wollte, kam er der elektrischen Starkstromleitung zu nahe und stürzte sofort tot nieder.

Jever. Liebesdrama. Hier erschoß der Steinhauer Lamken das Dienstmädchen Oltmann und dann sich selbst.

Burg a. F. Durch Feuer vernichtet wurde am Sonntag das Gewese des Landmannes Tiedemann in Sulsdorf. Leider kamen zwei Füllen sowie eine Sau mit Ferkeln um. Die Entstehungsursache des Feuers ist Brandstiftung, die von einem Knecht aus Rache begangen war, weil ihn sein Dienstherr entlassen hatte.

Bremen. Vom Unfall des Schnelldampfers „Kaiser Wilhelm II." meldet das W. T.-B. aus Bremerhaven: Der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm II." ist Dienstag mittag völlig wasserfrei gepumpt. Bei der von dem Generaldirektor vorgenommenen Inspektion wurde festgestellt, daß das Schiff in allen Teilen unbeschädigt ist; insbesondere sind die Passagierräume in Ordnung und die Maschinen und Kessel völlig betriebsfähig geblieben, so daß der Dampfer nach Vornahme der erforderlichen Reinigungsarbeiten innerhalb fünf Tagen wieder in Dienst gestellt werden kann. Als Ursache des Unfalles wurde festgestellt, daß der Dampfer während des Kohleneinnehmens an der Backbordseite unterhalb des Wassers an der schräglaufenden Kaimauer wahrscheinlich mit dem Schlengerkiele festgehalten und beim Öffnen der Hafenschleuse infolge des eintretenden Flutstromes frei geraten ist und plötzlich auf der Backbordseite Schlagseite erhielt, wodurch die offenstehenden Kohlenpforten unter Wasser kamen. Die „Nordd. Volksstimme" schreibt: Leider sind auch einige Menschenleben vernichtet worden. Dem weitaus größten Teil der in den Bunkern beschäftigten Arbeitern gelang es, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, während ein anderer Teil — man spricht von sechs bis sieben Personen — noch vermißt wird und vermutlich ertrunken ist. Bisher gelang es nur, die Leiche des Kohlenarbeiters Richter, wohnhaft in der Spadener Straße zu Lehe, aufzufinden. Richter war verheiratet und Vater von 4 Kindern. Von den übrigen fehlt noch jede Spur. Fest steht, daß die von Bösmanns Telegraphenbureau ausgehende, von der „Weser-Zeitung" und den „Bremer Nachrichten" übernommene Nachricht, es handle sich um einen Racheakt streikender Seeleute, nicht nur jeder Grundlage entbehrt, sondern als direkt erlogen bezeichnet werden muß. Es muß als eine grenzenlose Gemeinheit bezeichnet werden, die deutschen Seeleute in einer derart schweren Weise zu beschuldigen, sie als die Mörder ihrer Kollegen zu verdächtigen und ohne jede Grundlage einen derart schweren Verdacht in alle Welt hinauszusenden.

Bremen. Ertrunken sind am letzten Sonnabend nachmittag in der Ochtum hinter der Bollmannschen Ziegelei zwei Knaben im Alter von 11 resp. 13 Jahren. Die Knaben hatten sich aus einigen Brettern ein Floß hergerichtet, auf dem sie ruderten, dabei verloren sie das Gleichgewicht und fielen ins Wasser. Ein dritter hinzukommender Knabe wollte den beiden helfen, geriet aber gleich bis an den Hals ins Wasser, so daß er Mühe hatte, sich selbst wieder aufs Trockene zu bringen. Vor seinen Augen versanken die Verunglückten in die Tiefe, ohne daß er zu ihrer Rettung etwas tun konnte. Während der folgenden Nacht wurden die beiden Knaben als Leichen aufgefischt und geborgen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co Sämtlich in Lübeck.

Gesucht zum 1. Oktober von einem jungen Ehepaar **eine Zweizimmerwohnung** im Pr. von 180—200 Mk., am liebsten vor dem Burgtor. Off. u. **G K 2** an die Exp. d. Bl.

Gesucht zu sofort **ein Mädchen oder eine Frau** für leichte Arbeit in meiner Zigarrenfabrik für ganze Tage.
Kupferschmiedestraße 19.

Gesucht
ein ordentliches Mädchen.
Frau **Fischborn, Kolk 6.**

Zu kaufen gesucht **ein kleiner guterhaltener Sparherd** Hartengrube 31.

Billig zu verkaufen **ein alter Kinderwagen,** passend für Händler oder Zeitungsträger
Einsiedelstraße 38, I.

Ein Kachelofen mit eisernem Untersatz und Kochplatte zu verkaufen, Preis 25 Mk.
Elswigstraße 21 a.

Zwei Zugänger zu verkauf.
Ritterstraße 2 a.

Für Brautleute. Ein neues gradl. echt nußb. Sofa bill. zu verkaufen Rosenpforte 1, I.

Gefunden
im **Café Bernhardt,** Fackenburger Allee, **2 Stück angeblich echte Steine.** Dieselben sind gegen Erstattung der Insertionsgebühren daselbst abzuholen.

2000 Mk. sichere Hypothek zu belegen. Off. u. **B H** an die Exp. d. Bl.

5 Pfg. zahle für **Hausstandslumpen,** sowie für **Eisen u. Metalle die höchsten Preise.** Postkarte genügt.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstraße 25.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote Lubeca-Marken.

Sozialistische Wochenschrift
Herausgeber:
Dr. Heinrich Braun u. Lily Braun.
Mitarbeiter: Hervorragende sozialdemokratische Schriftsteller Deutschlands und des Auslandes, Künstler und Gelehrte.
Pro Quartal . Mk. 1,20.
Einzelnummer Mk. 0,10.
Abonnements durch alle Buchhandlungen, Kolporteure, Zeitungsspeditionen und Postanstalten.
Probe-Nummern frei vom Verlag, Berlin W. 15.

Gewerkschaften und Vereine,
welche dem Gewerkschaftskartell nicht angehören, und willt sind, an dem Festzuge des Gewerkschafts-Festes teilzunehmen, werden ersucht, sich
bis zum 26. Juli d. Js.
im Komitee, Johannisstraße 50, schriftlich zu melden.
Später sich Meldende können bei der Auslosung der Reihenfolge nicht berücksichtigt werden und haben sich am Ende des Zuges anzuschließen.
Das Komitee.

Fahrstuhlführer.

Für unser neu zu eröffnendes Kaufhaus engagieren wir zum baldigen Eintritt

erprobte Fahrstuhlführer

welche ihre bisherige Tätigkeit durch gute Zeugnisse nachweisen können.
Angebote werden in unserem Büro: Neubau Holstenstrasse 25-33, entgegen genommen.
Persönliche Vorstellung von 11—1 Uhr vorm., 3—5 Uhr nachm.

Leo Leibholz & Co., Lübeck

Einem geehrten Publikum von **Lübeck und Umgegend** die ergebene Mitteilung, daß ich

7 Fünfhausen 7

eine mechan. Schuh-Reparatur mit elektr. Betrieb
unter dem Namen „Zukunft"
eröffnet habe. Meine Maschinen sind, was die Technik anbelangt, der Neuzeit entsprechend eingerichtet und liefere ebenso gut und noch besser als Handarbeit. Meine Devise für meine mich beehrenden Kunden soll sein: **„Vom Guten das Beste".**

J. Kalkhorst, Schuhmachermeister.
Hauptgeschäft: Warendorpstraße 20.

Geschäfts-Verlegung.

Um Irrtümer zu vermeiden, teile ich meiner geehrten Kundschaft mit, daß sich meine

Schuh-Reparatur-Werkstatt
mit elektrischem Betrieb nicht mehr Fünfhausen 7 befindet, sondern
Fischergrube 45, Ecke Kupferschmiedestraße 1.
Bernhard Thiele.
Schnelle Bedienung. Alte Preise. Dauerhafte Arbeit.

Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter
(E. H. Nr. 24).

General-Versammlung
am Montag, den 29. Juli 1907, abends 8½ Uhr,
im „Vereinshaus", Johannisstraße 46—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1907.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.
Mitgliedskarten sind vorzuzeigen.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Lübeck).

Einladung zum
XII. Stiftungs-Fest
bestehend in
Gartenkonzert, Preisschießen für Herren und Damen, sowie Kindervergnügen mit nachfolgendem Ball
am Sonntag, den 28. Juli 1907
im Vereinshaus, Johannisstr. 46-52.
Anfang 4 Uhr. Von 4—7 Uhr: **Konzert im Garten.** Ende 2 Uhr.
Preisschießen für Herren und Damen von 4—7 Uhr. Um 7 Uhr: Laternenpolonaise f. Kinder.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Allen voran
in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind die **Arbeitsgarderoben** aus Lübecks ältestem Spezialgeschäft von
Louis Levy Klingenberg 5 ::: Ecke Marlesgrube

gestr. Lederhosen	2.10	3.50	4.50	b. 7.50
braune „	2.20	3.50	4.50	„ 10
blaue Pilothosen	1.95	2.50	3.50	„ 6.50
Maurerhosen	2.50	3.75	4.50	„ 8.50
Manchesterhosen	3.50	4.50	5.75	„ 10
Zwirnhosen	1.50	2.20	3.—	„ 4.50

Spezialität: Hamburger Schnitthosen f. Maurer, Schlosser, Zimmrer

Sämtliche **Bauchweiten in Hosen** vorrätig! — Blauleinen Hosen und Jacken 1.10 bis 2.50 Mk. Blau und weiß gestreifte Kajen und lein. Hemden, Maler-Jacken und -Hosen von 1.90 Mk. an. Maler-Kittel von 2.30 Mk. an.
Rote Rabattmarken!

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts", Berlin, erschien soeben:
Frauenleiden und deren Verhütung.
Nebst einem Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
Von Dr. J. Zadek.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Achtung!
Sanitätsverband der freien Hilfskassen Lübecks.
General-Versammlung
am Donnerstag, 25. Juli,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1907.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Achtung Maler!
Extra-Mitgliederversammlung
am Donnerstag, 25. Juli,
abends 8½ Uhr präzise,
im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
J. A.: W. Nehls.

Dilettanten-Klub „Freiheit" von 1906.
Versammlung
am Donnerstag, den 25. Juli 1907
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
Donnerstag: 59. Abonn.-Vorstellung.
Sensationellster Erfolg der Gegenwart.
Raffles,
der Amateur-Einbrecher.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Der Kilometerfresser.

Stadthallen-Theater.
Direktion: **Ludwig Piorkowski.**
Donnerstag. 8 Uhr. 39. Abonnem.-Vorstell.
Inspektor Bräsig.
Volksstück in 5 Akten nach Fritz Reuter.
Freitag. 8 Uhr. 40. Abonnem.-Vorstell.
Letzte Aufführung der Operette.
Orpheus in der Unterwelt.
Vorverk.: **Kaibel, Borchert, Theaterk.**

Sarg-Magazin
Fernsprecher 427. Gebr. Müter
obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Grösstes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.
Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
Eiserne Grabkreuze.
Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 170. Mittwoch, den 24. Juli 1907. 14. Jahrg.

Arbeiterschaft und Volksspiele.

Auf dem 8. Kongreß für Volks- und Jugendspiele, der dieser Tage in Straßburg stattfand, sprach der Straßburger Beigeordnete Dominicus über die Frage: „Wie kann man die Arbeiterschaft für die Spielbewegung interessieren?"

Einleitenderweise verglich der Beigeordnete die Beteiligung der englischen und der deutschen Arbeiterschaft an der Spielbewegung, und kam zu dem Schluß, daß die deutsche Arbeiterschaft weit zurückstehe. Es sei eine gewöhnliche Erscheinung, daß in England die Betriebe früh nachmittags schlössen und die Arbeiter sich dann für den Rest des Nachmittags dem Sport widmeten. Die Hauptursache findet Dominicus in den traurigen Lohnverhältnissen, wie sie in Deutschland im Vergleich zu England herrschten. (Das sagt ein Regierungsrat, kein Sozialdemokrat. Red.) Wer schon Gelegenheit gehabt habe, als Armenpfleger tätig zu sein, der komme oft in Wohnungen, wo Vater und Mutter fort bei der Arbeit und die Kinder zu Hause eingeschlossen sind, — eine Maßregel, zu der die bei der Arbeit weilenden Eltern gezwungen seien, wenn sie die Kinder vor der Gefahr schützen wollten, die der Verkehr auf den Straßen mit sich bringt. Wenn dann die Kinder in die Schule kämen, müßte sofort auf die Nützlichkeit der Spiele hingewiesen werden, da begegne man aber gerade in den Städten räumlichen Schwierigkeiten, hätten doch so viele Schulhöfe nicht einmal die zu fordernden vier Quadratmeter pro Kind. Sobald dann die Kinder aus der Schule herauskommen, werden sie sofort vollständig von den Anforderungen des Lebens ergriffen. Die Arbeit sei zu intensiv, als daß an Werktagen noch Zeit und Lust zum Spiel bliebe. Diese Umstände, so fährt der Redner fort, erklären und entschuldigen die geringe Anteilnahme der Arbeiterschaft am Spiele. Die Arbeiter haben in ihrer Jugend das Spiel nicht lernen können, haben es nicht gelernt, und darum können sie es, wenn sie erwachsen sind, nicht betreiben. Und doch sei es so notwendig, besonders wenn man die lange, oft 10- bis 11stündige Arbeitszeit in Betracht zieht und den Aufenthalt in gesundheitsschädlichen Werkstätten. Nach diesen Auseinandersetzungen über die Ursache der mangelnden Beteiligung der deutschen Arbeiterschaft an der Spielbewegung bespricht der Redner die moralische Wirkung, die ein regelmäßiges Spielen auf die Arbeiter ausüben könnte. Es werde oft der Einwand gemacht, je mehr öffentliche Korporationen Reformen zur Besserung der Lage der Arbeiter in die Hände nähmen, desto mehr schwinde bei dem einzelnen das Verantwortlichkeitsgefühl. Das sei keine Phrase. Der Einwand sei schon von vielen Männern gemacht worden, die man als Freunde des Volkes bezeichnen müsse. Indes könne das den Fortschritt der öffentlichen Reformarbeit leicht hindern. Gegen derartige psychologische Nebenwirkungen (wie z. B. Verminderung des Verantwortlichkeitsgefühls bei dem einzelnen) sei allerdings eine Gegenarbeit notwendig. Nun reichen natürlich behördliche Maßregeln nicht aus, eine Volkssitte einzuführen; eine Mitwirkung der Interessenten sei unerläßlich. Die erste Forderung sei eine Änderung der Wohnungsverhältnisse. Die Bebauungspläne müßten in der Richtung genauer geprüft werden, daß für Spielplätze genügend Plätze freigehalten würden. Während der Schulzeit und auch in den Ferien müßten die Schüler auf diese hinausgeführt werden. So sehr der Redner ein Gegner des Schulunterrichts am Sonntag ist, so hält er es doch für angebracht, daß für die Fortbildungsschüler an den Nachmittagen des Sonntags obligatorisches Spielen eingeführt würde. Eine wichtige Mitarbeit an der Heranziehung der Arbeiterschaft zum Spiel mißt der Redner den öffentlichen Organisationen, den Landesversicherungsanstalten und den Krankenkassen bei, die ja zusammen eine Summe von 18—20 Millionen Menschen umfassen. Diese Organisationen sind längst über ihre ersten Aufgaben hinausgegangen und haben sich daran gemacht, bevor sie heilen oder ersetzen müßten, vorzubeugen. Diese Tätigkeit der Prophylaxe (Vorbeugung) sei mächtig aufgeblüht, sie habe bereits im Kampfe gegen ungesunde Wohnungsverhältnisse, gegen Tuberkulose, gegen Geschlechtskrankheiten u. a. vieles zuwege gebracht. Es müßte den Vorständen dieser Organisationen die Erkenntnis verschafft werden, daß auch die Unterstützung des Spiels eine prophylaktische (vorbeugende) Tätigkeit sei. Heranzuziehen sind schließlich noch die Arbeiterorganisationen jeglicher Kouleur; diese umfassen jetzt schon mehr denn zwei Millionen. Auch diese sind bei ihrem Entstehen in der Ausbreitung ihres Tätigkeitsfeldes immer weiter gegangen; neben der materiellen Hebung der Mitglieder haben sich dieselben auch die Hebung der gesamten geistigen und kulturellen Bildung zur Aufgabe gemacht. Schließlich ruft der Redner auch noch die Tätigkeit des Staates an. Durch Ausdehnung des Arbeiterschutzes, insbesondere durch gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit werde der Arbeiterschaft die Möglichkeit der Anteilnahme an der Spielbewegung gegeben. Während England die achtstündige Arbeitszeit eingeführt habe, herrscht in Deutschland der Neunstundentag nur zum geringsten Teil. Während England seit 60 Jahren den zehnstündigen Maximalarbeitstag besitze, herrscht in Deutschland noch der elfstündige Maximalarbeitstag. Hier müßte, meint der Referent, der Staat eingreifen. Die Forderung sei keine Parteiforderung, sie sei eine notwendige hygienische und kulturelle Forderung, die jeder Freund des Volkes unterstütze.

Der Vortrag wird überall regstes Interesse erwecken und es ist notwendig, daß er auch in Arbeiterkreisen beachtet und bekannt wird.

Soziales und Parteileben.

Der Kampf im Berliner Baugewerbe dauert noch immer in seiner ganzen Schärfe fort. Der Zuzug ist also nach wie vor aufs strengste fernzuhalten. Die Arbeiterpresse des Auslandes, besonders Österreich-Ungarns, wird um Abdruck gebeten.

Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Gießen. In Wiesent bei Gießen fand unter freiem Himmel, weil ein so großer Saal in Gießen und Umgegend nicht vorhanden ist, eine sehr stark besuchte Versammlung der ausgesperrten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher der Gauleiter Schnell über die Situation referierte. Er legte klar, daß dadurch, daß alle Gewerkschaften nunmehr die um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Tabakarbeiter unterstützten, daß ferner sich hunderte von Kollegen und Kolleginnen entschlossen hätten, anderwärts in Arbeit zu treten, die Situation sich wesentlich günstiger gestaltet habe. Hätten doch die Fabrikanten geglaubt, nur 8 Tage würden die Arbeiterinnen standhalten; aber nun wären es schon 6 Wochen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen mit ungebeugtem Mut ihr Vereinigungsrecht verteidigten. Es wäre eine Schmach für die Fabrikanten, daß sie in dieser nichtswürdigen Weise auf ihren Geldsack pochen, auf den Geldsack, welchen die Arbeiter erst so stark füllen halfen. Nun, wo sie durch die teuren Verhältnisse gezwungen wurden, ein paar Pfennige Lohn mehr zu verlangen, verweigern die Herren nicht nur das, sondern sie wollen den Arbeitern auch das Recht rauben, sich zu organisieren. Diese Organisationsräuber sind liberale Herren, welche in Worten mit den vielen Volksrechten nur so herumwerfen, aber in ihren Taten sich nicht im geringsten von den ostpreußischen Junkern unterscheiden. Die Fabrikanten suchen abgelegene Orte auf, wo sie glauben, auch jetzt noch nach Belieben schalten und walten zu können, aber wir sind ihnen auf den Fersen. Sie werden nicht lange Freude an ihren Streikbrecherfilialen haben. Andererseits haben sie sich an die Fabrikanten in Westfalen gewandt, damit keiner von diesen Leuten aus der Gießener Gegend annimmt. Aber die Westfälischen Fabrikanten sind nicht vernagelt genug, ihre Schmutzkonkurrenten auf diese Weise zu unterstützen. Wenn sie Leute brauchen, stellen sie diese ein. In der Versammlung wurde unter heller Begeisterung einstimmig beschlossen, sich nicht bedingungslos zu unterwerfen. Dieses Resultat wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Die Uhrenarbeiteraussperrung auf dem Schwarzwald ist nun beendet. In Schramberg, Triberg, Villingen, St. Georgen und Lenzkirch ist die Bewegung zu Ende. Auch in Schwenningen dürften wieder geordnete Verhältnisse Platz greifen. Man braucht sich eigentlich nicht zu wundern, daß die Arbeitgeber zum Schlusse noch den größten Widerstand entfalteten; mußten sie doch erleben, daß die ganze große Aktion, die in erster Linie den Metallarbeiterverband vernichten sollte, verpuffte und daß der Zweck, „die Renitenten empfindlich zu treffen und die Streikenden von Jäckle zum Aufgeben des Streiks zu zwingen" (natürlich ohne Zugeständnisse), nicht erreicht worden ist.

Die am 11. Juli von Vertretern beider Parteien unterzeichneten Einigungsvorschläge lauten:

1. Die Ausständigen der Firma Johann Jäckle, Metallwarenfabrik in Schwenningen, nehmen die Arbeit wieder auf.
2. Bei den Firmen des Verbandes der Uhrenindustrie und der verwandten Industrien des Schwarzwaldes werden die Ausständigen und Ausgesperrten wieder aufgenommen, möglichst sofort, je nach der Geschäftslage.
3. Die bei der Firma Johann Jäckle schwebenden Differenzen werden gemäß der Arbeitsordnung durch die Firma mit ihrem Arbeiterausschuß behandelt.
4. Wiedereintretende können ihre seitherigen Arbeitsplätze insoweit wieder einnehmen, als solche nicht anderweitig besetzt worden sind und soweit es bei veränderter Arbeitseinteilung noch möglich ist.
5. Die über den Schwarzwald verhängte Sperre wird zurückgezogen. Die Vereinbarung tritt spätestens am 15. Juli 1907 in Kraft.

Der Vorstand des Uhrenindustriellenverbandes stimmte den Vorschlägen zu, mit der Bedingung, daß solche Arbeiter einen Anspruch auf Wiedereinstellung nicht haben, welche sich nachgewiesenermaßen persönlich grobe Ausschreitungen haben zu schulden kommen lassen. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärte seine Zustimmung nur unter der Bedingung, daß Maßregelungen nicht Platz greifen dürfen und daß, falls infolge Mangels an Arbeit sämtliche ausgesperrten und ausständigen Arbeiter nicht sofort wieder beschäftigt werden können, „der Arbeitgeberverband erklärt, in erster Linie die ausgesperrten und ausständigen Arbeiter wieder einzustellen, sobald Arbeit vorhanden ist". Damit war jedoch die Sache noch nicht erledigt. Wenn auch die Vertreter der beiden Parteien den Einigungsbedingungen zugestimmt hatten, so waren die Arbeiter doch viel zu vorsichtig, um durch eine „glatte" Zustimmung sich zu binden. Sie kennen eben ihre Pappenheimer, und wie recht sie hatten, bewiesen die nächsten Tage. Die Arbeiter beschlossen deshalb überall, die Einigungsbedingungen anzunehmen, aber unter keinen Umständen die Arbeit aufzunehmen, bevor nicht jeder Zweifel beseitigt sei, daß die Abmachungen auch innegehalten werden. Aus dem schönen Plan der Fabrikanten, nun sich die Leute rauszusuchen und die „mißliebigen" nicht mehr zu nehmen, wurde dadurch nichts. Mit den anderen Arbeitern fingen auch die von Jäckle in Schwenningen, wo die Differenzen begonnen hatten, wieder am Montag an, aber nur, um sofort

Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

Die Warnung.

„Hört Ihr nicht — das Signal —"

„Wahrhaftig!"

„Wir sollen vorsichtig sein — es ist ein Unberufener in der Nähe —"

„Nein, nein, es wiederholt sich! Es droht Gefahr! Hör' doch auf zu pochen, Bentig, bist Du denn verrückt?"

Der mit Bentig Angeredete legte auf der Stelle seinen Hammer weg und Totenstille entstand in dem kleinen Kreise.

„Zweimal je drei Schläge gegen die Decke mit einer deutlichen Pause dazwischen", hub der erste Sprecher im eifrigen Flüstertone an. „Das ist das für Momente der Gefahr verabredete Zeichen. Schodler würde uns nicht beunruhigen, wenn nicht dringende Gründe vorhanden wären. Halten wir uns ganz still — bevor er nicht das Signal zum drittenmal wiederholt, brauchen wir an Flucht nicht zu denken."

„Vielleicht wäre es doch das beste", nahm ein kleiner schmächtiger Mann mit einem großen Höcker das Wort, der am ganzen Leibe zitternd, in der Ecke stand. Wer weiß —"

„Wer weiß, ob die Luft rein genug ist, daß wir es riskiren könnten", preßte der erste Redner, welcher der Führer der versammelten Männer zu sein schien, ärgerlich zwischen den Zähnen hervor. „Erst wenn Schodler das Signal gibt, wissen wir, daß der Weg frei ist. Wollen wir den Schergen geradezu in den Rachen rennen? Band-Jakob, Du bist eine traurige Memme — ich bedaure nichts mehr, als daß wir Dich jemals in unsere Geheimnisse eingeweiht haben!"

„Hab' ich Euch nicht treu gedient und mit großer Gefahr das Geld im Lande kolportiert?" fragte der Band-Jakob vorwurfsvoll.

„Das hast Du — und dazu ist keiner so gut zu brauchen wie Du, denn ein listiger Fuchs bist Du, und mit allen Hunden gehetzt! Aber in der Stunde der Gefahr — doch still, ich höre Geräusch."

„Um Gotteswillen", wollte der Band-Jakob aufschreien, aber der Führer hielt ihm den Mund zu.

„Feigling, still", raunte er ihm zu. „Es ist niemand als der Bergschenkwirt, der uns Nachricht bringt."

Obiges Gespräch fand in einem nicht allzu großen, von zwei Öllampen nur dürftig erhellten Raume statt, der allem Anschein nach weder Türen noch Fenster besaß. Von Mobilien war nichts darin zu erblicken als zwei alte, fest in den Boden eingerammte Tische und ein paar hölzerne Bänke, während ein paar große Kisten unregelmäßig umherstanden. Fünf Männer in blauen Arbeitskitteln hatten sich um den größten der Tische versammelt — ihre Gesichter verrieten eine ängstliche Spannung, ihre Augen richteten sich bei den letzten Worten des Führers nach einem bestimmten Punkte der nur mit einem groben Lehmbewurf versehenen Decke. Wie schon die stattgehabte, in leisem Tone geführte Unterhaltung offenbarte, wandelten die Anwesenden sicher nicht auf dem Wege des Gesetzes — waren es Diebe oder Schmuggler, die sich in diesem unterirdischen Gelaß zu gemeinsamer Beratung oder Tätigkeit versammelt hatten?

Wohl kaum, denn die seltsamen Geräte und Instrumente, welche auf den Kisten und Tischen lagerten, deuteten auf eine ganz anders geartete, wenn auch keineswegs ehrlichere und harmlosere Beschäftigung. In einer Ecke des Raumes glühte in einem eisernen Becken ein kleines Kohlenfeuer unter einem auf einem Eisengestell plazierten Kesselchen, in dem eine glänzende Masse geschmolzenen Metalls zischelte und brodelte. Auf einem der Tische stand eine Art Presse, auf dem anderen eine Maschine, wie sie zum Ausstanzen metallischer Gegenstände Verwendung findet. Eine Walze, Tigel verschiedener Größen, Stempel und Formen lagen umher, allerhand Hammer, Bohrer, Meißel und Sägen und eine an einem Nagel hängende Trompete vollendeten die eigenartige Ausstattung. Den merkwürdigsten Eindruck brachte aber eine auf einen der Bänke befindliche größere stählerne Schatulle hervor, deren Deckel zurückgeschlagen war und die sich bis zur Hälfte mit blitzenden funkelnagelneuen Goldstücken gefüllt zeigte.

Auf dem aus hartem gestampften Lehm bestehenden Boden erblickte man auf der dem Schmelzkessel gegenüberliegenden Seite eine alte Matratze mit einer halb zusammengerollten Decke, ein Beweis dafür, daß das Gelaß gelegentlich auch von einem der Männer als Schlafstätte benutzt wurde. Auf der Matratze lagen Zeichnungen und Pläne sowie einige halbzerfetzte Bücher, Tabellen und Zeitschriften, die Erde rundumher war mit Metallspänen und Schnitzeln wie besät. In der Ecke neben der Lagerstätte stand eine kurze hölzerne Leiter.

Obwohl die schmutzigen blauen Arbeitskittel, welche die Männer über ihre gewöhnlichen Kostüme geworfen hatten, ihnen bis zu einem gewissen Grade ein einheitliches Gepräge verliehen, so charakterisierte sie doch ihr sonstiges Aussehen als den verschiedensten Ständen und Bildungsklassen zugehörig. Der Mann, welcher der Anführer der kleinen Truppe zu sein schien, und der ungefähr 30 Jahre zählen mochte, besaß ein glattrasiertes, schmales, nach unten spitz abschneidendes Gesicht, aus dem zwei kleine schwarze Äuglein listig hervorfunkelten. Sein an Dunkelheit und Glanz mit den Augen wetteiferndes kurzes Haar war sorgfältig frisiert und pomadisiert. Zwischen den Falten des nur lose auf der Brust zusammengefalteten Kittels schimmerte das Weiß eines tadellosen Chemisettes und an der rechten Hand blitzten zwei Ringe. Von Gestalt war er schlank, fast schmächtig, und wenn er auch die Mittelgröße ein wenig überschritt, so erschien er doch fast als Zwerg neben seinem riesenhaften Nachbar, einem wahrhaften Enakssohn von herkulischem Gliederbau, mit sehnigen Armen und großen, knochigen Händen. Es war derselbe, welchen der Führer mit „Bentig" angeredet hatte, seine aus dem gröbsten gemeißelten Züge und seine wasserblauen, ausdruckslosen Augen und strohigen hellblonden Haare ließen nicht auf allzuviel Intelligenz schließen. Während der Mann mit den Ringen zweifellos das geistige Zentrum und Gehirn der seltsamen Gesellschaft darstellte, repräsentierte Bentig die robusten Arme dieses gesetzwidrigen Organismus — im gewöhnlichen Leben dagegen machte er seine außerordentliche Kraft als Knecht und Arbeiter für seine Existenz nutzbar.

Jakob Kruß oder Bandjakob, wie der kleine Bucklige in der ganzen Stadt genannt wurde, verdiente, wie schon sein nom de guerre besagte, sein tägliches Brot als Hausierer, als welcher er weit im Gebirge herumzog und sogar über die Grenze hinüber lebhafte Verbindungen unterhielt. Die zwei übrigen Mitglieder der geheimnisvollen Organisation waren der Musiker Lorcher und der Bergmann Hänig, ersterer der Besitzer der aufgehängten Trompete. Alle mit Ausnahme des Führers wohnten in der kleinen Gebirgsstadt, während dieser wenigstens der Öffentlichkeit gegenüber die Funktion eines Kellners und Wirtschaftsgehilfen in dem

wieder aufzuhören, da dieser Herr den Arbeitern sein Wort nicht hielt. Und nun kommt das Schönste. Jetzt ging auf einmal ohne Anstand, was den Grund zur Aussperrung in erster Linie mit abgab. Als die Leute von Jäckle wieder heraus waren, da war es möglich, daß man mit ihnen verhandelte und schriftlich die Abmachungen festlegte, und zwar mit Zustimmung desselben Arbeitgeberverbandes, der dieserhalb die Aussperrung provozierte. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

„Die Firma Johann Jäckle, Metallwarenfabrik, trifft mit ihrem Arbeiterausschuß folgende Vereinbarung:

1. Überstunden von 6 bis 9 Uhr abends werden mit 25 Prozent Zuschlag vergütet. Nachtarbeit zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens wird nicht verlangt.

2. Mit jedem Arbeiter wird ein seinen Leistungen entsprechender Stundenlohn vereinbart, der gewährleistet wird. Der Stundenlohn muß mindestens 70 bis 80 Proz. des durchschnittlichen Akkordverdienstes betragen.

3. Regelung der Akkordarbeit auf folgender Grundlage: a) Die Akkordsätze werden einer Revision unterzogen und sind Akkordsätze, bei denen der Arbeiter seinen durchschnittlichen Stundenlohn nicht zu erreichen vermag, entsprechend aufzubessern. Die Firma wird stets bemüht sein, derartigen Wünschen und Beschwerden nach Möglichkeit entgegenzukommen. b) Jedem Arbeiter wird vor Übernahme der Arbeit der Akkordsatz schriftlich mittels Akkordzettel oder Buch mitgeteilt. c) Ein Verzeichnis sämtlicher Akkordpreise wird dem Arbeiter für seinen persönlichen Zweck auf Verlangen jederzeit zur Einsichtnahme zugestellt.

Beide Parteien versprechen, für Einhaltung obiger Abmachungen besorgt zu sein."

Hätten die Herren sich vorher zu dieser Einigung verstanden, dann wäre die Schädigung der Industrie und des Erwerbslebens unterblieben. Nun, den Arbeitern hat der Kampf nicht geschadet.

Zur Einigungsfrage mit den Lokalorganisierten. Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat die Geschäftsleitung der „Freien Vereinigung der Zimmerer" (Lokalorganisation) in der „Einigkeit" eine Erklärung veröffentlicht, daß sie nach Beendigung des Berliner Lohnkampfes im Baugewerbe mit dem Parteivorstand in Verbindung treten werde zu dem Zwecke, die Vereinigung der Lokalorganisierten mit dem Zentralvorstand des Verbandes der Zimmerer in die Wege zu leiten.

Die Hoteldiener im Hotel Continental in Dresden legten die Arbeit nieder. Der Hotelleitung wurden folgende Forderungen überreicht: 1. Schaffung einer geregelten Diensteinteilung. 2. Selbstverfügungsrecht über ihre freie Zeit. 3. Erlaß eines Teiles der Hausarbeit, 4. Aufbesserung der Kost resp. bessere Kontrolle darüber. 5. Für den Nachtdienststunden ein Nachtessen zu gewähren. 6. Regelung des Gepäcktransports. 7. Ausgang alle 14 Tage für zwei Mann. 8. Den zu Unrecht entlassenen Kollegen L. ohne Maßregelung wieder mit einzustellen.

Bülow klagt nicht. Kürzlich teilte der „Vorwärts" mit, daß wegen Beleidigung des Reichskanzlers Bülow gegen Genossen Grempe-Berlin ein Strafverfahren eingeleitet war. Die Missetat sollte dadurch begangen sein, daß Grempe eine Karikatur Bülows aus einem bürgerlichen Witzblatt in einem Lichtbildervortrage in Schmiedeberg zeigte und darauf hinwies, daß der erste Beamte des preußischen Staates zweimal hintereinander das preußische Vereinsgesetz übertreten habe, ohne (soweit wenigstens öffentlich bekannt geworden ist) daß er deshalb bestraft bestraft worden ist. Der preußische Minister Bülow habe zweifelsohne in Berlin sowohl in der Nacht vom 25. zum 26. Januar wie auch in der Nacht vom 5. zum 6. Februar an nicht genehmigten öffentlichen Aufzügen hervorragend teilgenommen, indem er beide Male als Redner hervortrat. Da doch vor dem Gesetz alle Bürger gleich seien, so sei es auffallend, daß keine Anklage wegen dieser wiederholten Gesetzesverletzungen, die noch dazu unter den Augen der Berliner Polizei vor sich gingen, erfolgt sei. Am 25. Mai beschlagnahmten darauf zwei Kriminalbeamte bei dem Sünder die Karikatur Bülows. Jetzt hat Grempe von dem Ersten Staatsanwalt die Nachricht erhalten, daß „mangels Vorliegens des zur Strafverfolgung erforderlichen Strafantrages seitens des Herrn Reichskanzlers" das Verfahren eingestellt und die Beschlagnahme aufgehoben ist. Schade! Der Prozeß hätte in prächtiger Weise die Unhaltbarkeit des preußischen Vereinsgesetzes dokumentieren können.

Eine Kinder-Bibliothek für Schüler hat der Sozialdemokratische Verein in Augsburg eingerichtet. Eine nachahmenswerte Einrichtung!

Die zionistisch-sozialistische Partei hatte sich an das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Rußlands mit dem Antrag gewandt, in die allgemeine sozialdemokratische Delegation Rußlands auf dem Stuttgarter Kongreß aufgenommen zu werden. Das Zentralkomitee lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, daß die zionistisch-sozialistische Partei den Anforderungen nicht entspreche, welche für die Zulassung zu internationalen sozialistischen Kongressen notwendig sind.

Die italienische Vertretung auf dem internationalen Kongreß. Die 15 Stimmen, die das internationale sozialistische Bureau den italienischen Arbeiterorganisationen für den bevorstehenden Stuttgarter Kongreß zugeteilt hat, sind von dem Exekutivkomitee des Parteivorstandes in folgender Weise verteilt worden: Sechs Stimmen für die sozialistische Partei, soweit sie in Rom die Mehrheit behielt, sechs für die Konföderation der Arbeit und drei für die Syndikalisten, gleichgültig, ob sie noch der Partei angehören oder nicht! — In Italien, wo die Beschickung des Kongresses nicht auf Parteikosten erfolgt, tritt an Stelle der Wahl durch die Sektionen die Bestätigung durch den Parteivorstand. Für die Syndikalisten hat der Vorstand eine eigene Bestätigungskommission eingesetzt, von der zwei Mitglieder außerhalb der Partei und ein dritter innerhalb der Partei stehen. Die im Anschluß an der Affäre der „Azione" aus der Partei Ausgestoßenen sollen nach Beschluß des Parteivorstandes nicht delegiert werden dürfen.

Aus dem Gerichtssaal.

Zur Lage der Postbeamten liefern die Gerichtsverhandlungen ständig ein Material, das uns das Deutsche Reich als Arbeitgeber in grellster Beleuchtung zeigt. So auch in einem Falle, der vor der Kölner Strafkammer verhandelt wurde. Der Postbote Lambert B. war bei einem Kölner Postamt angestellt und bezog ein monatliches „Gehalt" von nur 82 Mk. Er ist angeklagt, seit 1906 fortgesetzt Pakete beraubt zu haben. Der entstandene Schaden ist von B. mit 200 Mk. zum Teil gedeckt worden. Die Strafe lautete auf fünf Monate Gefängnis.

Deutsche Rechtsprechung. Der Dachdecker Gerber von Pößneck hatte gegen das Urteil des Schöffengerichts Ranis, das ihn wegen Hausfriedensbruchs, Bedrohung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Verübung ruhestörenden Lärmes, begangen am Stichwahltage in Goßwitz, zu 3 Monaten und 14 Tagen Gefängnis und zwei Wochen Haft verurteilt hatte, Berufung eingelegt. G. hatte die Anmeldung der Berufung nicht selbst geschrieben und vergessen, seinen Namen unter das Schriftstück zu schreiben. Deshalb sandte das Amtsgericht Ranis jenes Schriftstück an G. wieder zurück. Auf eingelegte Beschwerde hob die Strafkammer den Beschluß auf, verwarf jedoch jetzt die Berufung als — verspätet eingelegt. Zu was hat man denn dann die Entschließung gefaßt und den Raniser Beschluß aufgehoben? Wegen einiger lauten Worte war Gerber seinerzeit vom Bürgermeister Henniger-Goßwitz (als Wahlvorsteher) aufgefordert worden, die Wirtsstube, die zum Wahllokale führte und deren Tür offen stand, zu verlassen, und als er erklärte, doch erst sein Bier austrinken zu müssen, sollte der Ortsdiener in Aktion treten. Diesem gegenüber erklärte G., wenn er ihn anfasse, so „haue er ihm eine runter". Und deshalb 4 Monate weniger 2 Tage!

Aus Nah und Fern.

Liebesdrama. In Berlin hat vor den Augen des Publikums im Westminster Cafe der Schlachtergeselle Hermann Hoffmann nach vorangegangenem Streit die 21jährige Minna Palisch erschossen. Der Täter wurde verhaftet.

Das erste deutsche Luftschiff. Berliner Abendblättern zufolge unternahm das deutsche lenkbare Militärluftschiff gestern mittag seine erste Freifahrt, die drei Stunden dauerte. Der Aufstieg erfolgte von der Jungfernheide. Das Luftschiff fuhr gegen mäßigen Westwind nach Spandau und machte dort eine Reihe interessanter Übungen, Bogen und Schleifen. Den Schluß bildete die vollständige Umkreisung der Nikolaikirche. Zuweilen näherte sich der Ballon, in dessen Gondel sich zwei Personen befanden, so tief der Erde, daß man das Geräusch der Schraubenflügel vernahm, und stieg dann wieder in die Lüfte, so daß es dem unbewaffneten Auge nicht größer als eine Zigarre erschien.

Die Genickstarre in Gelsenkirchen. Nach der „Nordd. Allg. Ztg." hat am 20. Juli in Gelsenkirchen wieder einmal eine amtliche Konferenz über die Genickstarre stattgefunden, in der wieder einmal alles in schönster Ordnung befunden wurde: „Als Ergebnis der eingehenden Verhandlungen wurde festgestellt, daß in den von der Genickstarre befallenen Orten und Bezirken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Bekämpfungsmaßregeln des Landesseuchengesetzes überall ohne Verzug mit Nachdruck zur Anwendung gelangen, daß infolge dieser Bekämpfung die Genickstarre bereits seit Anfang Juni in starkem Rückgang begriffen ist und die vor kurzem in die Presse gebrachten beunruhigenden Nachrichten in den tatsächlichen Verhältnissen keine Berechtigung finden." — Wie lange wird es dauern und die Seuche bricht von neuem aus! Den Ursachen der Seuche geht man eben nicht genügend auf den Grund.

Freigelegte Höhle. Der „Dortmunder Zeitung" zufolge wurde in den Steinbrüchen des Kaliwerks „Monopol" in Gesecke bei Schwerte eine Höhle von 13 Metern Länge freigelegt, in der Tropfsteinbildungen, Versteinerungen und Knochenreste gefunden wurden.

Familiendrama. Nach einer Meldung aus Essen sprang in Rotthausen die Frau eines Bergmanns, die von ihrem Mann mit dem Messer verfolgt wurde, aus dem 3. Stock auf die Straße. Unmittelbar darauf folgte die 9jährige Tochter und ihr nach der Mann mit dem Messer in der Faust. Alle drei blieben schwer verletzt auf dem Pflaster liegen und wurden ins Hospital geschafft.

Opfer des Hochwassers. Die letzte Hochwasserkatastrophe in Schlesien hat auch zahlreiche Menschenopfer gefordert. Ein Telegramm aus Breslau meldet: Nach den bis gestern eingetroffenen Nachrichten sind bei dem diesjährigen Hochwasser in Schlesien neunzehn Personen ertrunken.

Mit dem Luftballon über die Alpen. Aus Innsbruck wird berichtet: Der Aufstieg des Ballons des Vereins für Luftschiffahrt in Berlin zur Überquerung der Alpen ist am 22. Juli früh um 8 Uhr bei schönem Wetter von statten gegangen.

Sechs Personen ermordet. Im Dorfe Tvis bei Holsiebro (Dänemark) erhängte eine Frau drei Kinder eines Häuslers, dem sie die Wirtschaft führte, darauf ihre eigenen drei Kinder und schließlich sich selbst. Das Motiv ist Verzweiflung oder Rache, weil ihr zum 18. August gekündigt worden war.

Mord. Der 19jährige Bergmann Kascelski in Wanne erschoß nach einem kurzen Wortwechsel den 30jährigen Bergmann Hamulsko. Der Täter wurde verhaftet.

Selbstmord eines Verkrachten. Der Fabrikbesitzer Wülffing, Inhaber der Firmen Gubener Hutindustrie Otto Wülffing und Wollspinnerei Neurode, erschoß sich nach dem „B. T." wegen Zahlungsschwierigkeiten. Die Verbindlichkeiten betragen über 1 Million.

Ertrunken. Im See von Gmunden ertranken bei einer Bootfahrt der Sohn der Schauspielerin Kramm sowie ein junges Mädchen.

Das lenkbare Luftschiff. Das „Berl. Tagebl." meldet aus Paris, daß das lenkbare Militärluftschiff „Patrie" am Sonntag früh einen Aufstieg aus dem aeronautischen Park von Chalais bei Meudon unternahm und über die Ortschaften Velizy, Villacoublay und das Plateau von Chatillon kreuzte. Ein besonderes Interesse erregte die Fahrt durch das Manövrieren mit dem Schlepptau und durch Landungsexerzitien. Diese Versuche gelangen vollständig.

Der Untergang des Dampfers „Columbia". Wie telegraphisch gemeldet wird, kamen beim Untergang der „Columbia" über 150 Personen um, darunter mehr als 100 Frauen. Viele wurden beim Zusammenstoß getötet. Die übrigen stürzten im Nachtgewand an Deck, wo eine schreckliche Panik entstand. Die Offiziere verloren den Kopf und rannten hilflos umher. Der Kapitän suchte vergebens, von der Kommandobrücke aus die Ordnung wiederherzustellen und ging mit dem Schiff unter. Es blieb keine Zeit, die Boote flott zu machen. Fünf Minuten nach dem Zusammenstoß schlugen die Wellen über das Deck des gesunkenen Schiffes. Viele Männer sprangen während des Zusammenstoßes auf den „San Pedro", andere schwammen hinüber. Als die „Columbia" unterging, war das Verdeck voll von Männern und Frauen. Der „San Pedro" ist schwer beschädigt, hielt sich aber durch die Holzladung über Wasser und irrte zwei Stunden umher, ehe der Dampfer „Roanoke" die Überlebenden an Bord nahm. — Nach einer Meldung aus Kalifornien schätzt man die Zahl der Opfer jetzt auf 69. 144 Überlebende wurden gelandet.

Bootsunglück. Aus Castelnuovo wird gemeldet: Montag mittag ist bei Zelenika während eines Gewitters ein Boot mit fünf Insassen gekentert. Ein Matrose rettete sich. Eine Dame konnte durch ein Kriegsschiff gerettet werden. Drei Personen ertranken.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

zumeist von den Honoratioren des Städtchens besuchten Etablissement zur Bergschenke erfüllte.

Das Geräusch über dem Gelaß ward jetzt stärker, man hörte das Rücken eines großen Gegenstandes, dann schnellte plötzlich wie durch Zauber ein viereckiges, etwa einen Meter im Geviert haltendes Stück der Decke zurück, eine dunkel gähnende Öffnung zeigte sich und eine leise Stimme ließ sich vernehmen.

„Die Leiter — rasch — habt Ihr nicht mein Zeichen gehört?"

Bentig ergriff schnell die Leiter und lehnte sie an die Kante der Öffnung, gleich darauf tauchten ein paar Beine in den Raum hinab, dem bald die weiteren Umrisse eines Mannes in eleganter Kleidung folgten, bis zuletzt ein schöner runder Kopf mit prächtigem, gelockten Kastanienhaar zum Vorschein kam. „Schönkopf", hatten die spott- und beinamenlustigen Gebirgler den Träger dieses Lockengebäudes genannt, aber das war nicht bös gemeint, denn im übrigen erfreute sich Robert Schodler, der Wirt und Besitzer der Bergschenke, in der ganzen Gegend der höchsten Achtung, er war Inhaber zahlreicher Ehrenämter und galt als ein Muster von Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit.

Sorgfältig zog er die Falltür hinter sich zu, dann legte er behend die wenigen Sprossen zurück, die ihn noch vom Boden des Kellers trennten und wandte nun den sich ihm hastig nähernden Genossen sein mit einem imposanten braunen Vollbarte, der noch den von seinem Besitzer ausgehenden Eindruck der Biederkeit und Lauterkeit erhöhte, verschenes, den Ausdruck von Würde, Ruhe und Selbstbewußtsein tragendes Gesicht zu.

„Alles in Ordnung," murmelte er mit einer beschwichtigenden Handbewegung.

„Was war denn los?" fragte der Führer.

„Nichts besonderes — es sprachen mehrere Gendarmen vor. Natürlich schoß mir gleich das Blut in die Stirn — ich fürchtete beinahe — jedenfalls hielt ich es für geraten, Euch zu ermahnen, auf Eurer Hut zu sein! Wie ich aber bald erfuhr, haben es die Herren nur auf Schmuggler abgesehen."

„Sind sie fort?" erkundigte sich furchtsam der bucklige Hausierer.

„Vor einigen Minuten. Alte Wetter, wie der Mensch dreinschaut", lachte der Wirt gedämpft auf. „Als ob ich nicht viel mehr zu riskieren hätte, als Ihr, Jakob — Euer Krämchen ist nicht einen Sonntag meiner Schenke wert — und wenn Ihr Euer bißchen Elend zu Hause mit dem Zuchthause vertauscht, so macht Ihr, glaube ich, noch ein gutes Geschäft."

Band-Jakob versuchte zu lächeln, aber der Schreck war ihm zu sehr in die Glieder gefahren und nur eine Grimasse kam heraus.

„Wenn Sie sich nur nicht täuschen, Herr Schodler," warf der Musiker grinsend hin. „Manche sagen, der Bandjakob habe es hinter den Ohren — er habe nicht umsonst 30 Jahre die Kiepe getragen!"

„Dummes Geschwätz," brach der kleine Hausierer unwillig los. „Habe Not genug, mit den paar Pfennigen, die ich mühsam erschwinge, meine Familie zu ernähren. Sechs Kinder sind kein Spaß, Lorcher, ich dächte, das müßtet Ihr wissen, denn Ihr habt nur ein Wärmchen weniger. Hätte nicht die Not mich getrieben, ich wäre wohl dem leibhaftigen Teufel nicht in die Hände gefallen, sondern der ehrliche, unbescholtene Mann geblieben, der ich 50 Jahre meines Lebens gewesen bin."

„Meint Ihr mit dem leibhaften Teufel etwa mich?" knurrte finster der Führer.

„Wenn ich die Wahrheit sagen soll, August — ja. Sie verstehen es, einen Menschen zu beschwatzen — besser als ich den Leuten meinen Kram zu rekommandieren. Vom ersten Tage an habe ich es wieder bereut — aber der Satan hält seine Opfer fest" seufzte der alte Mann mit betrübter Miene.

„Quatscht nicht so sentimental," lachte Schodler, dem Hausierer auf den Rücken klopfend. „Niemand kann es einem armen Teufel übel nehmen, wenn er neben seinem knappen Einkommen einen Groschen extra zu verdienen sucht, und ein wenig leichter als sonst."

„Leichter?" brummte Band-Jakob. „Ich habe keine frohe Stunde mehr gehabt seitdem — und doch führt einen das blitzende Gold immer wieder in Versuchung! Was glaubt Ihr, wie oft ich der Entdeckung nahe gewesen bin? In Gedanken bin ich schon hundertmal gefangen und verurteilt worden!"

„Ach was, Ihr seid ein alter Fuchs und werdet es an der nötigen Vorsicht nicht fehlen lassen!"

„Dafür bürgt Euch meine eigene Gefahr — ich habe die schwerste Aufgabe — Ihr sitzt sicher genug hier und arbeitet im Dunkeln und in Behaglichkeit — ich riskiere alle Tage Freiheit und Ehre!"

„Dafür heimst Ihr auch die höchsten Prozente ein," meinte August Farnkoff, der Führer, unwirsch. „Laßt das Lamentieren, Mann — und merkt Euch, daß Euch nach unseren Gesetzen die Angeberei nicht schützt, und daß Ihr bei Eurer Seelen Seligkeit geschworen habt, treu und verschwiegen zu sein und keinen von uns zu nennen, wenn Ihr erwischt werdet."

„Das weiß ich, das vergesse ich nicht," erwiderte der Bucklige fast bestürzt.

„Sollte Dir auch andernfalls teuer zu stehen kommen," rief Bentig, drohend seine gewichtige Faust erhebend. „Dein letztes Brot wäre gebacken!"

Der kleine Hausierer warf einen scheuen ängstlichen Blick auf den finster blickenden Riesen, aber der allzeit die entstehenden Gegensätze geschickt vermittelnde Gastwirt winkte den ungeschlachten Kraftmenschen freundlich zur Ruhe und sagte dann, den alten Krämer pfiffig anblinzelnd:

„Ihr müßt Eurem Gewissen nicht allzuviel Freiheit lassen, Jakob. Ein Gewissen ist wie ein Kind, gut oder schlecht erzogen. Ihr habt Eures schlecht erzogen. Vorsichtig müßt Ihr sein, gewiß, dazu rat ich selbst — denn schwere Strafe steht auf unserem Beginnen. Aber Euer Gewissen braucht Euch nicht zu plagen deshalb — was tun wir denn großes? Wir fügen den Massen Münzen, womit der Staat die Menschen überschüttet, einige zu, die wir selber fabriziert haben — ist das ein so großes Unrecht? Das ist noch lange kein Diebstahl, Jakob. Ich stelle es gleich neben die Wilddieberei. Wenn wir nur unsere Münzen so gut machen, daß sie jeder für echte wieder los wird, dann betrügen wir nur den Staat und niemand anders. Und der Staat ist keine Person, hahaha!"

„Wenn die ehrenwerten Honoratioren unserer Stadt den redlichen Schodler solche Moral entwickeln hörten, was würden Sie wohl sagen!" rief Farnkoff belustigt.

„Na, macht sich denn jemand ein großes Gewissen daraus, den Staat um ein paar Taler Steuern zu verkürzen?"

„Ja, Steuern," murmelte der Bergmann achselzuckend.

„Für mich ist das ganz dasselbe," erklärte Schodler mit gleichmütigen Blicken von einem zum andern. „Wo ist denn Friedmann?" fragte er plötzlich.

Noch nicht gekommen," entgegnete der Kellner.

(Fortsetzung folgt.)

herrschender Industrie, wie Brandenburg an der Havel, Luckenwalde, Spandau, wo auch die Mütter einer gewerblichen Tätigkeit außerhalb des Hauses nachgehen, die regelmäßige Ernährung der Kinder auf Schwierigkeiten stößt. In Stettin, wo der Brechdurchfall trotz Abnahme der Säuglingssterblichkeit noch zahlreiche Opfer forderte, zeichnen sich gewisse an der Peripherie der Stadt gelegene Bezirke durch eine besonders hohe Säuglingssterblichkeit aus.

Charakteristisch ist es übrigens, daß die Vertreter der Bourgeoisie, die früher den sozialdemokratischen Bestrebungen auf Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit gegenüber sich vielfach ablehnend verhielten, seit einiger Zeit förmlichen Sport damit betreiben. Mitbestimmend mag hierbei der Grund sein, daß am 15. November 1904 die deutsche Kaiserin die Notwendigkeit der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in einem Schreiben an den Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins betont hat.

Die organisierten Dienstmädchen Dänemarks hielten in der vorigen Woche zu Kopenhagen ihren Kongreß ab. Es waren im ganzen 13 Delegierte anwesend, und zwar aus Kopenhagen 5, aus Aarhus, Aalborg, Fredericia und Esbjerg je 2. Auch die Vorsitzende des Dienstmädchenvereins von Stockholm, Fräulein Andersson, nahm an den Verhandlungen teil, namentlich auch, um darauf hinzuwirken, daß mit der Zeit eine Verbindung zwischen den organisierten Dienstmädchen der skandinavischen Länder samt Finnlands zustande kommt. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war die Abschaffung der Abendarbeit der Dienstmädchen. Die Verbandsvorsitzende Marie Christensen führte hierzu aus, daß der von dem Stellennachweisbureau der Organisation herausgegebene Kontrakt in vielen Fällen nicht innegehalten wird. Nach diesem Kontrakt soll die Herrschaft den Dienstmädchen von 7 Uhr abends ab sowie jeden zweiten Sonntagnachmittag von 2 Uhr ab freigeben. Die Freizeiten sucht manche Herrschaft trotz des Kontrakts den Dienstmädchen zu beschränken. Ferner wurde beschlossen, darauf hinzuwirken, daß den Dienstmädchen außer den bereits festgesetzten Freizeiten noch ein weiterer Nachmittag jeden Mittwoch von 3 Uhr ab gewährt wird. Im übrigen nahm der Kongreß auch Stellung gegen das dänische Gesindegesetz und besonders gegen die Bestimmung, daß jedes Dienstmädchen ein Zeugnisbuch haben soll. Übertretungen dieser Bestimmung sollen sowohl von der Herrschaft wie vom Dienstmädchen mit 2 bis 20 Kronen Geldstrafe geblüßt werden. Die Polizei ist jedoch glücklicherweise nicht besonders eifrig in der Verhängung von Strafen. Nun beschäftigte sich eine Reichstagskommission mit dem ganzen Dienstbotengesetz. Der Kongreß beschloß, daß, falls diese Kommission den Entwurf zu einem neuen derartigen Ausnahmegesetz für die Dienstboten vorlegen sollte, im ganzen Lande Protestversammlungen dagegen abgehalten werden sollen. Außerdem beriet der Kongreß über die weitere Agitations- und Organisationsarbeit unter den Dienstmädchen, deren es in Dänemark ungefähr 126 000 gibt, von denen 20 000 auf Kopenhagen kommen. Organisiert sind bis jetzt nur ein paar Tausend. Der Kongreß wählte ein Komitee, das dafür sorgen soll, daß im ganzen Lande Agitationsversammlungen der Dienstmädchen veranstaltet werden.

Der Frauen Erwachen in Japan.

Bis vor wenigen Jahrzehnten war bei den Japanern die Frau noch vollständig von allem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Mädchen erhielten so gut wie gar keine Schulbildung, sondern wurden nur daheim von ihren Müttern in der Hausarbeit und den kunstvollen japanischen Handarbeiten unterwiesen, und auch als Erwerbsarbeit stand ihnen keine andere Art der Tätigkeit offen. Wenn ein Mädchen das heiratsfähige Alter erreicht hatte, so wurde ihr von ihrer Familie ein Gatte ausgesucht, dessen absolutes Eigentum sie wurde. Nach ihrer Verheiratung hörte jede Berührung mit der Außenwelt auf. Die rapide industrielle Entwickelung Japans hat nun aber dort, wie überall, die Stellung der Frau bedeutend verändert. Die Einführung des Fabriksystems und der Maschinen hat Tausende von Mädchen zur selbständigen Erwerbsarbeit veranlaßt und sie somit aus ihrem engen Kreise auf weitere Gebiete menschlicher Tätigkeit hinausgeführt. Aber nicht bloß die Frau der Arbeiterkreise, sondern auch die Mittelklasse und die reichen Japanerinnen werden von dem Geist der neuen Zeit beeinflußt und nehmen moderne Ideen in sich auf. Neben den Fabriken mußte man der weiblichen Bevölkerung auch die Schulen öffnen. Heute sind viele Frauen in Japan als Lehrerinnen, Ärztinnen und Schriftstellerinnen tätig. Frauenklubs werden in allen größeren Städten gegründet. In Tokio erscheint jetzt sogar eine Frauenzeitung, welche sich stolz „Die Frau des 20. Jahrhunderts" nennt, die Redakteurin dieser Zeitung ist Uta Imai. Diese Dame hat eine gründliche Bildung genossen, sie ist eine fähige Journalistin, deren Artikel auch in anderen japanischen Zeitschriften mit Vorliebe aufgenommen werden, sie ist außerdem eine feurige Rednerin. Mit Leidenschaft vertritt sie in Wort und Schrift das Ideal der weiblichen Gleichberechtigung und kämpft für die Aufklärung und Befreiung der solange geknechteten Frauen ihres Volkes. Sie spricht neben ihrer Muttersprache fließend englisch, interessiert sich, wie ein amerikanisches Parteiorgan mitteilt, wie alle denkenden Menschen, deren Tätigkeit auf dem sozialen Gebiete beruht, auch für den Sozialismus und hat angefangen, wissenschaftliche sozialistische Werke zu studieren. — Bei der schnellen Entwickelung, welche der Kapitalismus in Japan nimmt, wird es nicht allzu lange dauern, bis wir auch von einer sozialistischen Frauenbewegung hören werden.

Kleines Feuilleton.

Die Lungentuberkulose.

Im allgemeinen hat man in wissenschaftlichen und anderen Kreisen die Ansicht, daß Lungentuberkulose hauptsächlich auch durch Einatmung des Tuberkelbazillus entsteht. In letzterer Zeit sind hiergegen aber doch Bedenken allerlei Art aufgetaucht, deren Hauptvertreter Professor Aufrecht in Magdeburg gewesen ist. In der Berliner Klinischen Wochenschrift begründet er seinen Standpunkt und weist in der Tat überzeugend nach, daß die bisherige Ansicht von der Übertragung der Tuberkulose durch Einatmung des Erregers eine falsche ist. Er hat vielmehr gefunden, daß auch bei dieser Erkrankung die Mandeln als Eingangspforte für den Tuberkelbazillus ebenso in Frage kommen, wie für viele andere Infektionskrankheiten, daß also der einzig gesicherte Weg für den Tuberkelbazillus von der Außenwelt bis zu den Lungen von den Halsorganen ausgeht. Von den Drüsen aber kann der Tuberkelbazillus nur in die Lungengefäße gelangen und an ihrer Endausbreitung sein zerstörendes Werk vollbringen. Dieser Weg führt also zu den Stellen, von denen nach Aufrechts anatomischen Untersuchungen der käsige Lungentuberkel ausgeht. Die Einatmungstheorie der Lungentuberkulose bezw. Lungenphthise ist danach nicht mehr haltbar.

Flecken aus Samt zu entfernen

gelingt leicht, wenn man eine Zwiebel durchschneidet und mit deren Schnittfläche die fleckigen Stellen reibt. Dann feuchtet man feinen Sand leicht mit Petroleum an und bürstet ihn mit einer nicht zu harten Bürste über die ganze Fläche des Samts.

Humoristisches.

Saxoborussen. Der erste Chargierte: Der neue Fuchs ist aber von einer Blödigkeit — der wird mal höchstens Unterstaatssekretär!

Romeo und Julia auf dem Dorfe. Wastl: Heirat' nur net, Zenzl, 's Leben is so aa schö!

Zenzl: Aber nacha muaß ma's beichten!

Peters und Konsorten. „Fünfhundert Mark für Reinigung der weißen Weste. Und dabei kommt der „Schandfleck" immer noch durch!"

Reporterstil. Gestern feierte die Hebamme Müller das seltene Jubiläum ihrer zweitausendsten Entbindung.

(„Lustige Blätter.")

Klarer Blick. Student (schreibt an seinen Onkel): „Die Uhr, bester Onkel, welche Du mir neulich schenktest, hat leider ein kurzes Leben gehabt, neulich beim Kahnfahren fiel ich ins Wasser und verlor dabei die Uhr; eine neue würde mir daher sehr willkommen sein!" Der Onkel antwortete umgehend: „. . . daß die Uhr versoffen ist, lieber Neffe, glaube ich Dir recht gern!"

Autounfall. „Donnerwetter, jetzt hat was geknallt, es wird doch kein Pneumatik geplatzt sein?"

„„Nein — ich glaube, es war mein Busen!""

En feiner Droppe. Schorsch: „Du Hannes, wie war's denn eigentlich neilich bei de Kindbaaf in Neuschadt?"

Hannes: „Un en Weinchen ham mehr gedrunke! en neinzehnhunerder Kintschbacher — e Weinche sag ich der! — Der Josepp hot acht Daag sein Zähn nit gebutzt!

(„Lustige Blätter.")

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 30. Mittwoch, den 24. Juli 1907.

Die Geschichte einer Flucht.

Von Gustav Rouanet,
Mitglied der französischen Deputiertenkammer.
Berechtigte deutsche Übersetzung.

Nachdruck verboten.

Vorbemerkung des Übersetzers.

Vor kurzem erschien in Frankreich ein Theaterstück mit dem Titel Biribi. In erschütternden Worten und Szenen schildert es die Erlebnisse und den Untergang eines jungen Mannes, Sohnes eines pensionierten Obersten, der, vom Vater gegen seinen Willen zum Militärdienst bestimmt, durch brutale Behandlung in einen Konflikt mit seinen Vorgesetzten getrieben wird und sich dabei immer tiefer in den Schlingen des militärischen Strafrechtes verstrickt, bis in einer algerischen Strafkompagnie das Schicksal ihn erreicht.

Die Machthaber der dritten Republik fürchteten von dem Theaterstück eine tiefgehende antimilitärische Wirkung und verboten deshalb in vielen Städten seine Aufführung. Bei Gelegenheit der Preßerörterungen, die sich an diesen Vorgang knüpften, ersuchten viele Parteigenossen den sozialistischen Abgeordneten Gustav Rouanet, der auch einst als ein Opfer der Militärjustiz in dem afrikanischen Bagno geschmachtet hatte, seine Erlebnisse zu schildern. Er versprach es zu tun, beschränkte sich aber zunächst auf die Erzählung eines Fluchtversuches, der einst in den letzten Tagen seines Aufenthaltes zu Biskra gemacht wurde.

Zum vollen Verständnis der nachfolgenden packenden Schilderungen dürften einige Angaben über die französischen Disziplinarkompagnien angebracht sein. Frankreich besitzt 4 Disziplinarkompagnien beim 19. Armeekorps in Algier und bei der Okkupationsdivision in Tunis. Die 1. Kompagnie steht in Gaffa, die 2. in Biskra, die 3. in Méchéria, die 4. in Aumale. In die Disziplinarkompagnien sind nach dem Dekret vom 5. Juli 1890 und früheren Dekreten solche Militärpersonen aufzunehmen, die nach einem Urteil des Militärgerichtes für schuldig erkannt worden sind, sich für den Militärdienst körperlich unbrauchbar gemacht zu haben (Selbstverstümmler), und solche, die sich in Kriegszeiten des Ungehorsams schuldig machten; ferner Militärpersonen, die sich zu gemeinsamen Verstößen gegen die Disziplin zusammenrotteten, oder infolge ihrer Führung eine Gefahr für die Manneszucht des Truppenteiles sind, dem sie angehören, weiterhin solche Leute, die Krankheiten simulieren, um sich dem Dienst zu entziehen und endlich diejenigen, die ursprünglich zu Festungs- und Gefängnisstrafen verurteilt, dann aber begnadigt wurden. Man sieht schon aus diesen Angaben, daß es böswilligen Vorgesetzten nicht allzu schwer ist, einen ihnen verhaßten Untergebenen in die Disziplinarkompagnie zu bringen; brauchen sie doch nur zu behaupten, daß seine Führung eine Gefahr für die Manneszucht des Truppenteiles sei.

Jede der afrikanischen Disziplinarkompagnien setzt sich aus Füsilieren und Pionieren zusammen. Die Pioniere werden am strengsten gehalten; sie sind in einer besonderen Sektion zusammengefaßt und werden zwar zu Artillerie- und Pionierarbeiten verwendet, auch im Infanteriedrill ausgebildet, erhalten aber niemals Waffen in die Hand. Die Füsiliere werden mit den Waffen ausgebildet, müssen sie aber nach jeder Übung abliefern. Den Mannschaften der Disziplinarkompagnien wird der Bart rasiert. Ihre Bekleidung besteht aus einem Mäntel von grauem Tuch mit dunkelblauem Kragen und Leinwandfutter, aus einer Jacke, grauen Beinkleidern, einem Käppie mit dunkelblauer Kappe und grauen Streifen und endlich aus Arbeitsröcken, wozu alte Mäntel umgearbeitet werden. Die Pioniere tragen auf den Schildern der Käppies und an den Kragen ihres Mantels außer der Kompagnienummer noch den Buchstaben P. Die Nahrung soll die gleiche sein, wie bei anderen Truppenteilen; es ist aber bekannt, daß diese Vorschrift nur auf dem Papiere steht.

Die Angehörigen der Disziplinarkompagnien werden außerordentlich streng gehalten und sind völlig in die Hand ihrer Vorgesetzten gegeben. Schon die Unteroffiziere können ohne weiteres eine Strafe von 2 bis 8 Tagen Kasernenarrest verhängen. Leutnants 14 Tage bei der Kasernenarrest, Hauptleute 30 Tage Kasernenarrest, 15 Tage Mittelarrest oder 8 Tage strengen Arrest. Diese Strafbefugnisse werden dadurch überschritten, daß dieselben Strafen oft unmittelbar nacheinander verhängt werden. Was es mit den Arreststrafen auf sich hat, das lernen unsere Leser gleich aus dem nachfolgenden ersten Kapitel genugsam kennen.

I.

Das „schwarze Loch."

Im Oktober 1878 bewohnte ich zu Biskra, in der Kaserne des Forts Saint-Germain die Zelle, die man das „schwarze Loch" nannte. Meine Dienstzeit war abgelaufen. Aber zu meiner völligen Befreiung mußte ich warten, bis die Bestien von Vorgesetzten, deren Opfer ich war, sich entschlossen, ihre Krallen einzuziehen und mich in Freiheit zu setzen. Von rechtswegen war ich „frei", kein Soldat mehr, sondern Bürger, denn das Gesetz von 1872 verbot den Militärbehörden, einen Soldaten, dessen Dienstzeit abgelaufen war, unter irgendwelchen Vorwänden zurückzuhalten. Seit 1872 haben wir übrigens in Frankreich Fortschritte gemacht! Heutzutage haben die Korpskommandeure kraft Gesetzes das Recht, einen ausgedienten Soldaten so viel Tage bei der Fahne festzuhalten, wie er während seiner Dienstzeit im Arrest zugebracht hat. Da nun den willkürlichen Strafen militärischer Vorgesetzter keine Grenze gezogen ist, so folgt daraus, daß sie einen Mann bis ans Ende seines Lebens in der Kaserne festhalten können. Unter dem Gesetze von 1872 waren derartige Mißbräuche unmöglich. Aber in Afrika ist das Gesetz eine brüchige Schranke, über die die Willkür der Vorgesetzten leicht hinweggehen kann.

Ich befand mich also, wie gesagt, obschon ich ausgedient hatte, im Oktober 1878 entgegen den klaren Bestimmungen des Gesetzes in dem „schwarzen Loch." Es würde zu weit führen, wollte ich heute im einzelnen erzählen, welche Stationen des militärischen Leidensweges ich durchlaufen hatte, ehe ich dort landete. Es mag genügen, wenn ich sage, daß ich im März eingesperrt worden war und im September halb tot ins Lazarett hatte transportiert werden müssen. Dort erholte ich mich ziemlich rasch wieder, so daß man mich schon vierzehn Tage später wieder in die Zelle brachte. Und um mich für die paar Tage der Erholung im Lazarettbett zu bestrafen, hatte dieses Mal der Hauptmann Fouilloy angeordnet: „Steckt ihn ins schwarze Loch!"

Man nannte meine Zelle so, weil sie keine andere Öffnung als die Tür besaß. Weder Luke, noch Schießscharte, noch Fenster spendeten Licht. Wenn die Tür geschlossen und verriegelt war, dann herrschte rabenschwarze Finsternis. Da die Beköstigung in dieser Zelle nur aus einem Viertel der Brotration bestand (ein Viertel des gewöhnlichen Brotes, keine Suppe, kein Fleisch und kein Gemüse!), so wurde meine Türe nur alle zwei Tage auf zwei oder drei Minuten geöffnet, gerade hinreichend, um mir das Brot zu geben und den Nachteimer in die nahe Latrine auszuschütten. Hauptmann Fouilloy hatte sich aber, um die Finsternis, zu der er mich verurteilt hatte, ohne jede Unterbrechung zu lassen und mich des Tageslichts vollständig zu berauben, ein sinnreiches Mittel ausgedacht: er befahl, daß meine Zelle nur abends um 8 oder 9 geöffnet werden durfte. Ich will aber gleich hinzufügen, daß der Hauptmann nicht daran gedacht hatte, welche Vorteile er mir durch diesen Befehl sicherte. Man kann eben nicht an alles denken! Die Dunkelheit ist den Heimlichkeiten der Kaserne ebenso günstig wie anderen. Wenn ein Unteroffizier oder Sergeant von jener Sorte, die wir die „Rammel" nannten, gerade Wache hatte, dann war es abends in der Dunkelheit für die Kameraden, die mir das Brot bringen und den Nachteimer ausschütten mußten, leichter, mir ein Stück Brot oder Zwieback zuzustecken. Denn meine Kameraden hatten schon die ganze Zeit vom März ab immer neue Schliche ersonnen, um mich mit Brot zu versorgen. So unsicher diese heimliche Zufuhr auch war, sie allein rettete mich vor dem Tode an Entkräftung, denn mit der Viertelration allein kann kein Mensch länger als einen oder höchstens zwei Monate bestehen.

Ich hatte so schon einige Zeit in völliger Finsternis zugebracht, als eines Tages der Chefarzt des Lazaretts, Doktor

Zuber, der sich darin gefiel, an den Insassen des Gefängnisses und der einzelnen Zellen wie an Kaninchen oder Meerschweinchen Studien über die pathologischen Wirkungen der Kostschmälerung zu machen, den Einfall bekam, die Tür meiner Zelle öffnen zu lassen. Man hatte ihn herbeigeholt, um den Zustand eines Mannes zu untersuchen, der noch am selben Abend im Lazarett starb. Es war ungefähr 1 Uhr mittags. Die Türe wurde plötzlich aufgerissen und ich stand förmlich überschüttet von einer Flut strahlenden Lichtes, das meine Augen blendete. Ein seltenes Gefühl bemächtigte sich meiner. Die Augen, die sich mit Tränen füllten, brannten mir. Ich mußte sie schließen und mir die Pupille mit den Händen bedecken, um den Schmerz zu lindern, den das Licht mir bereitete. Doktor Zuber würdigte mich keines Wortes, sprach aber dann draußen halblaut mit irgend jemandem, der ihn begleitete. Dann wurde die Türe wieder zugeschlagen. Nach diesem unvorhergesehenen Besuch brachte man mir mein Brot bei Tage und zwar jeden Tag, nicht bloß alle zwei Tage. Später habe ich erfahren, daß der Arzt diese Anordnung traf, weil der ununterbrochene Aufenthalt in der Finsternis mich hätte blind machen können. „Wir haben allerhand Scherereien, so sagte er, wenn dieser Mann, der doch jetzt seine Zeit abgedient hat, als Blinder nach Hause zurückkehrt."

Die Dunkelheit war nicht die einzige Eigenart, durch die sich das „schwarze Loch" von andern Zellen unterschied. Auch ein besonderer Fußboden zeichnete sie aus: sie war felderweise mit Bachkieseln gepflastert. Viele von diesen verfluchten Kieseln waren zerschlagen und hatten, sei es durch Ungeschicklichkeit der Arbeiter, oder durch einen unglücklichen Zufall, oder dank der teuflischen Absicht eines genialen Folterknechtes, grätenscharfe Kanten, die wie schartige Messerschneiden emporstanden. Die andern Zellen waren mit Sandsteinplatten oder Fliesen gepflastert, und wir sagten darum in Biskra, wenn einer eingesperrt wurde, er sei „auf den Steinweg gegangen". In dem „schwarzen Loch" gab es keine Stelle, wo die Steine eine glatte Fläche bildeten, und wo man also, wenn sich der Körper erst einmal an das harte Lager gewöhnt hatte, ein wenig ausstrecken konnte, ohne allzusehr zu leiden. Meine messerscharfen Kiesel schnitten in das Fleisch ein, wenn ich mich auf die Seite legte oder den Kopf auf einen Arm stützte; es ist gewiß kein Vergnügen, auf harten Steinen zu liegen, aber die Qualen, die ich auf diesen Kieseln durchzumachen hatte, spotten jeder Beschreibung.

Wie anpassungsfähig ist doch der menschliche Körper! Der Mensch kann unter den allerverschiedensten Umständen leben, die härtesten Entbehrungen ertragen, ohne daß sein so zart erscheinender Organismus zu Grunde geht. Ich habe es an mir selbst erfahren: da lag ich nun in vollkommener Finsternis, auf einem Lager von Steinen, die mir das Fleisch an den Knochen zerschnitten, ohne genügende Nahrung, um die verbrauchten Kräfte meines Körpers wieder zu ersetzen — und doch lebte ich! Und zu allen Qualen kam noch hinzu, daß ich vor Kälte zitterte. Denn meine ganze Kleidung bestand aus einer leinenen Hose und einem Hemd von abgenützten, dünngescheuerten und zerfasertem Leinen; man gab nämlich den Insassen der Zellen nur alte Kleidungstücke, die auf dem Steinfußboden bald zu Lumpen zerrieben wurden. Keine Schuhe an den Füßen. Mein Hemd war so abgenützt, daß es auf die Größe eines Frauenleibchens zusammengeschrumpft war. Man pflegt die Zellen in den Militäranstalten auch nicht gerade mit den modernsten Mitteln zur Pflege körperlicher Reinheit zu versehen, die wir in gut eingerichteten Badeanstalten vorfinden. Deshalb hatte ich immer wieder kleine Stücke meines Hemdes als Waschlappen abgerissen; so sparsam ich damit umging, so sah ich doch schon den Augenblick kommen, wo nur noch der Kragen sein würde. Mit nackten Füßen, einer leinenen Hose, die nur noch der Schatten ihrer selbst war, mit einem Hemd, das mir kaum noch die Brust bedeckte — so fror ich jämmerlich, besonders nachts. Ich mochte mich noch so sehr zusammenschauern, die Kniee bis zum Kinn emporziehen und mich zusammenrollen wie ein Igel, ich klapperte doch vor Frost. Schlafen konnte ich nur wenig. Wenn ich wenigstens imstande gewesen wäre, einen klaren Gedanken zu fassen! Nachts, wenn die Kälte mir das Mark in den Knochen erstarren ließ, suchte ich mich aufzuraffen und die langsam absterbenden Gedanken durch eine eingebildete Lektüre wieder zu beleben. Aber die Kälte lähmte das Gehirn noch rascher als die anderen Organe des Körpers, und dieser vergebliche Kampf meines erlahmenden Willens gegen das Schwinden des Verstandes lastete wie ein dumpfer, trüber, unbestimmter und unendlich peinvoller Schmerz auf mir, unter dem ich langsam, ganz langsam zu erliegen drohte.

So verrannen meine Tage und meine Nächte in dem „schwarzen Loch" als sich mir plötzlich eine Gelegenheit zur Flucht bot, die ich ohne Bedenken ergreifen konnte, weil ich als Ausgedienter im Falle des Mißlingens nichts weiter zu befürchten hatte . . . . .

(Fortsetzung folgt.)

Schüler-Selbstmorde.

Prof. Dr. Eulenburg hielt vor kurzem auf Anregung des Berliner Vereins für Schulgesundheitspflege im Bürgersaal des Berliner Rathauses einen Vortrag über obiges Thema. Da Eulenburg die gesamten diesbezüglichen Akten für die Zeit von 1880 bis 1903 zur Verfügung gestellt waren, so stützte sich sein Vortrag auf reiches Material. Überaus Trauriges bekam man zu hören, und mit Entsetzen fragt man nach dem Warum?"

1152 Kinder haben in den 24 Jahren freiwillig ihrem Leben ein Ende gemacht. Wieviel Jammer und Verzweiflung mag mit ihnen gegangen sein, welch Elend haben sie hinterlassen!

Von den jugendlichen Selbstmördern waren 653 Knaben und 159 Mädchen Volksschüler und 61 Knaben und 5 Mädchen Schüler an höheren Schulen unter 15 Jahren. Über 15 bis zu 20 Jahren alt waren 242 männliche und 5 weibliche Schüler. Im Verhältnis kommen also Schülerselbstmorde im Alter von 15 bis 20 Jahren viermal so oft vor, als im Alter unter 15 Jahren.

Die Ursachen der Selbstmorde sind sehr verschieden. In 336 Fällen war es die Furcht vor der Strafe; in 70 Fällen lag Geisteskrankheit vor; in 69 Fällen handelt es sich um schwachbegabte Kinder, die nicht imstande waren, das Geforderte zu leisten und durch die Eitelkeit ihrer Eltern, die Unmögliches von ihnen verlangten, in den Tod getrieben wurden. In 68 Fällen waren es begabte Schüler, die durch Religionszweifel, sittliche Ausschreitungen, studentischen Unfug u. dgl. dahin kamen, daß sie den Tod dem Leben vorzogen. Unglückliche Liebe war in 18 Fällen der Grund, und in einer großen Anzahl andrer Fälle war es die durch Ärger und Aufregung hervorgerufene Augenblicksstimmung.

Eulenburg suchte auf Grund seiner Unterlagen die Frage zu beantworten, wem der größere Teil der Schuld an diesen Selbstmorden zuzuschreiben sei, der Schule oder der Familie. Er kommt zu dem Urteil, daß die Ursachen größtenteils in der Familie zu suchen seien, weil dort das Verständnis für die Grundlagen der Erziehung fehle. Meines Erachtens hat Eulenburg, so schreibt ein Mitarbeiter der Frankfurter „Volksstimme"' mit diesem Urteil nicht das Richtige getroffen, und bei Kennern unsres Unterrichtswesens wird er wenig Zustimmung finden. Wenn dem so wäre, dann müßten doch gerade in den Kreisen des Proletariats die Schülerselbstmorde viel häufiger vorkommen, als in den höheren Schichten; denn dort sind doch Verständnis und Kenntnis der Erziehungsmittel größer und reicher als hier. Ich will nicht sagen, daß die Familie gar keinen Teil an diesem Schuldkonto hätte; denn ich weiß auch, daß es Eltern gibt, die sich nicht in die Kindesnatur versetzen können noch wollen, die, von Streberturn und Ehrgeiz geblendet, ihre Kinder martern, bis diese selbst ihrer Qual ein Ende bereiten. In der Hauptsache aber ist die Schule für die Schülerselbstmorde verantwortlich zu machen; insbesondere gilt das von den höheren Schulen.

Wenn man bedenkt, daß wegen ganz harmloser Jugendstreiche junge Leute, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigten, von der besuchten Anstalt verwiesen wurden, wodurch ihre ganze Existenz in Frage gestellt war, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn schließlich dieser oder jener zum Revolver greift. Etwas andres, Schlimmeres ist jedoch häufig die alle Persönlichkeit und Selbständigkeit, alles Ehrgefühl ertötende Behandlung der Schüler von seiten der Lehrenden. Ich selbst habe es miterleben müssen, wie sich der Direktor einer Anstalt selbst zu überbieten suchte, Schüler, die er seinen vorsintflutlichen Ideen nicht anpassen konnte, vor ihren Kameraden und Lehrern durch eine ganz gemeine Behandlung verächtlich und ehrlos erscheinen zu lassen. Ich selbst könnte Leute nennen, die nur die Rücksicht auf ihre Angehörigen oder sonst eine liebende Seele bewog, dieses Jammerleben auszukosten. Besonders die Handhabung von Versetzungs- und Abschlußprüfungen richten in der genannten Beziehung viel Unheil an. Wie leicht ist es einem Lehrer möglich, bei einer solchen Prüfung einen Schüler „reinzulegen", bloß weil er ihn nicht leiden kann. Der Schüler weiß, daß er seine Pflicht getan hat, er weiß, daß man ihn mit Vorsatz zurückhält, er weiß, was ihn daheim erwartet, er sagt sich, ich kann nicht heimgehen, ich

bin verlassen. Wohin soll er denn? Er greift zum Revolver. Die traurigsten Anstalten sind in dieser Beziehung die Lehrerbildungsanstalten. Sechs Jahre hat der junge Mensch darangegeben, vielleicht sein ganzes Vermögen geopfert, um sich am Ende der arbeitsreichen Zeit sagen zu lassen: „Du bist zum Lehrer nicht geeignet!" Dann kann er aber auch nichts andres mehr anfangen. Er verzweifelt und macht ein Ende.

Schlecht, sehr schlecht steht es mit den bezeichneten Verhältnissen in unserem Schulwesen und wenn sonst nichts, dann sollten doch die Schülerselbstmorde eine ernste und dringliche Mahnung sein, eingreifende Verbesserungen eintreten zu lassen.

Die Schraube.

Eine politische Satire aus dem Tagebuch eines Ostelbiers.

15. Oktober 1905. Die Zollerhöhung scheint nun endlich zu kommen. War auch höchste Zeit. Gar nicht mehr durchzukommen. Hätte vielleicht doch Neuenhausen nicht zu dem unverschämten Preise kaufen sollen. Na, die neuen Handelsverträge werden ja dafür aufkommen. Ausland wird den Zoll tragen, und Roggen um drei Mark steigen, dann geht's wieder.

10. November. Die Aussichten werden immer besser war aber auch höchste Zeit. Bin dicht daran, auf Grund zu geraten.

1. Januar 1906. Gott sei Dank, die Zölle sind da. Vor Freude ein paar Blaue an Artur geschickt. Der Junge drängelt so wie so immerzu.

15. Februar. Also am ersten April geht's los. Wirklich höchste Zeit. Below hat seine Klitsche mit fünfzig Mille Nutzen verkauft. Es wird Licht. Gehe morgen an die Riviera.

5. April. Preise wollen noch nicht recht steigen. Händler haben zu viel Vorrat Wird schon kommen. Für Artur wieder Masse Rechnungen bezahlt.

1. Mai. Muß für Hafer zwei Mark mehr bezahlen. Natürlich auch Zoll. Der Roggen muß es bringen.

15. Mai. Neues Dach auf die Scheune machen lassen. Dachdecker verlangt zwanzig Prozent mehr. Arbeitslöhne und Material wären gestiegen. Gieriges Gesindel.

20. Juli. Ernte steht nicht besonders. Was habe ich von den Zöllen, wenn ich nicht viel zu verkaufen habe! Artur schreibt, in seiner Garnison würde alles teurer, ich müßte ihm fünfzig Mark mehr monatlich schicken. Faule Sache.

25. Juli. Kriege heute Zirkular von meinem Schneider, daß er sich zu seinem lebhaften usw. genötigt sieht, wegen Arbeitslöhnen usw. seine Preise um zwanzig Prozent zu steigern. Sehr erfreulich.

30. Juli. Heute für die Brennerei Kohlen bestellt. Kosten zwanzig Prozent mehr wie voriges Jahr.

1. August. Offerte für Ackerbaumaschinen. Alles um zwanzig Prozent teurer. Was stellt denn das eigentlich vor?

3. August. Arbeiter in der Ziegelei schicken Deputation, wollen Lohnerhöhung, können angeblich nicht mehr leben, wollen sonst streiken. Mit schwerem Herzen bewilligt.

1. Oktober. Neue Pneumatiks bestellt, natürlich wieder zwanzig Prozent teurer, man gewöhnt sich schließlich daran.

14. November. Hütte teilte mir mit, daß die Kohlen wieder um zehn Prozent aufgeschlagen sind. Brennerei wird bald nichts mehr einbringen. Zum Glück steht der Roggen hoch.

2. Januar 1907. Schweinepreise infolge Überproduktion plötzlich gefallen, werde froh sein, wenn ich meine anständig los werde. Garderobenrechnung meiner Frau dreihundert Mark höher als voriges Jahr. Artur hat heute auch wieder gebeichtet, kann nicht mit dem Wechsel auskommen, muß ihm wieder Zulage geben.

5. April. Heute Jahresabschluß gemacht. Trotz der hohen Roggenpreise nur zweitausend mehr verdient und die sind draufgegangen.

6. Mai. Im Landtag Teuerungszulage für die Beamten bewilligt. Einkommensteuer soll erhöht werden.

1. Juli. Inspektor will kündigen, wenn er nicht Gehaltserhöhung bekommt. Mußte bewilligen. Wird immer schöner.

20. Juli. Ernte ist gut, nützt aber nichts. Die Spesen verschlingen alles. Hätte ich auch nur damals verkauft! Ist gar nicht mehr durchzukommen.

15. Oktober. Roggen steht viel zu niedrig, Ernte war zu gut. Zölle müßten erhöht werden.

20. November. Deutsche Tageszeitung bringt brillanten Leitartikel über Not der Landwirtschaft. Der Ruf nach Zollerhöhung wird nicht mehr verstummen. Sehr richtig. Zehn Mille an Lauraaktien verloren.

Zwei Jahre später am 10. September. Gott sei Dank, die Handelsverträge laufen bald ab. Mit den Zöllen läßt sich nicht mehr wirtschaften.

15. Oktober. Die Zollerhöhung scheint nun endlich zu kommen.

War aber auch höchste Zeit. — — —

(Kann nach Belieben wiederholt werden.)

(Kater im ersten Juli-Heft des „März".)

Für unsere Frauen.

Beiträge zur Säuglingssterblichkeit.

Die hohe Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre hat eine Reihe von Gemeinden veranlaßt, endlich aus ihrer früher an den Tag gelegten Gleichgültigkeit zu erwachen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu ergreifen. In erster Linie versucht man es mit Mitteln, die nichts kosten, beschreitet den Weg der Belehrung. Es werden auf den Standesämtern an diejenigen Personen, welche Geburten anzeigen, Merkblätter über die Ernährung und Pflege verteilt; unberücksichtigt läßt man, ob die Eltern auch in der Lage sind, die Vorschriften zu befolgen. Daneben sucht man durch Kreisärzte, Ärzte, Hebammen und Pflegerinnen oder auch durch öffentliche Vorträge die Mütter zu belehren. Solche Ratschläge und Vorträge können ja recht lehrreich sein, aber leider werden die meisten Mütter dadurch allein noch nicht in die Möglichkeit versetzt, ihren Kindern die Pflege und Aufwartung zuteil werden zu lassen, die im Interesse der Volksgesundheit notwendig ist.

Was die praktische Fürsorge betrifft, so ist man jetzt mehr als bisher bestrebt, die Wochenpflege durch Ausbildung von Wochenpflegerinnen und durch Bereitstellungen von Körben mit Gegenständen, Wäsche usw. für die Wochenpflege zum Ausleihen an bedürftige Wöchnerinnen, sowie durch Ausbildung von Hauspflegerinnen zur Unterstützung der Wöchnerinnen in der Hausarbeit zu fördern. Daneben ist in einer Reihe von Städten die Begründung von Mütter- und Säuglingsheimen, von Kinderasylen und Säuglingskrankenanstalten vorbereitet. Man ist bestrebt, in allen derartigen Anstalten in erster Linie die natürliche Ernährung darzubieten. Für Wöchnerinnen, welche ihr Kind längere Zeit hindurch stillen, werden Stillprämien gegeben, auch sucht man Hebammen, in deren Praxis sich die meisten stillenden Mütter finden, durch Prämien zu belohnen. In einer Anzahl größerer Stadtgemeinden sind Fürsorgestellen eingerichtet, in denen die Mütter und Angehörigen der Säuglinge ärztlichen Rat über die Ernährung und Pflege der Kinder erhalten, und eine einwandfreie Kindermilch teils unentgeltlich an die Armen, teils zu ermäßigten Preisen an die Bedürftigen abgegeben wird. In anderen Städten sind seitens der Gemeinden eigene Anstalten zur Beschaffung guter Kindermilch errichtet. Auch der Überwachung der Halbkinder wird seitens der Behörden eine größere Aufmerksamkeit als früher geschenkt.

So gut und schön alle diese Maßnahmen gemeint sein mögen, viel werden sie nicht helfen, solange nicht die gesamte Lebenshaltung des Proletariats gehoben wird. Gerade die Kinder des Proletariats werden am ehesten dahin gerafft. Die Ursachen liegen nahe: enge dumpfe Wohnungen ohne Licht und Luft, Zwang der Mütter, selbst noch in hochschwangerem Zustande ihrem Erwerb nachzugehen und bald nach der Entbindung wieder im Dienste des Kapitalismus zu frönden, die Unmöglichkeit vieler Mütter, ihre Kinder selbst zu stillen und die Genug die Notwendigkeit, den Tag über ihre Kinder fremden Händen anvertrauen zu müssen. Es ist kein Zufall, daß die Sterblichkeit an Brechdurchfall, die so die meisten Opfer fordert, in den östlichen Regierungsbezirken im allgemeinen weit höher ist als in den westlichen und daß in den großen Städten und den Ortschaften mit dicht gedrängt wohnender Arbeiterbevölkerung zahlreiche Kinder an Brechdurchfall starben, während auf dem Lande, wo gute frische Milch leicht zu beschaffen ist, und besonders dort, wo die Kinder fast durchweg an der Mutterbrust ernährt werden, diese Erkrankungen nur selten waren. Ebenso erklärlich ist es, daß z. B. im Kreise Oels im Regierungsbezirk Breslau amtlichen Berichten zufolge die Säuglingssterblichkeit infolge Brechdurchfall unter den Kindern der Landarbeiter sechsmal so groß war als unter denen der selbständigen Landbewohner und Städter. Auch aus dem Regierungsbezirk Potsdam wird berichtet, daß in Orten mit vor-